



Begleitgremium

Das Nationale Begleitgremium, das das Auswahlverfahren als unabhängige gesellschaftliche Instanz begleitet, soll eine faire Standortsuche für ein Atom-mülllager sicherstellen.

Mauerfall

Die oberirdischen Anlagen des so genannten Erkundungsbergwerks in Gorleben sollen verkleinert werden. Die Bürgerinitiative macht sich für den Erhalt eines Mahnmals stark.

Jahrestage

Nach wie vor erinnern verstrahlte Gebiete in der Ukraine und in Japan an die zwei Super-GAUs. Ein polnischer Fotograf besucht die Orte regelmäßig, um dem Vergessen entgegen zu wirken.

Grußwort

ベルリンのご挨拶

Sayonara Nukes Berlin (SNB) ist eine Gruppe von in Berlin lebenden Japanern, die sich gegen Atomenergie einsetzt. Seit 2014 ist es in Berlin Tradition, dass wir bei der Demo zum Jahrestag von Fukushima Windräder verteilen, die wir vorher basteln. Wenn wir auf die Straße gehen, drehen sich hunderte Windräder im Berliner Stadtzentrum als Symbol der Hoffnung für eine atomfreie Zukunft. 2016 hat Sayonara Nukes Berlin eine Veranstaltungsreihe „Protestival – Nuclear, Democracy and Beyond“ organisiert. Es ging vor allem um das Thema „Demokratie“: Wie könnten Bürgerbeteiligungen konkret aussehen? Schwerwiegende Entscheidungen, die das Leben und den Lebensraum vieler Bürger bedrohen könnten, werden, egal in welchem Land, meistens von „oben“ getroffen und notfalls mit der Staatsgewalt durchgesetzt. Mehr Demokratie zu verlangen ist mehr als notwendig – aber wie stellen wir sie uns konkret vor? So haben wir Martin Donat eingeladen, um von der langen und vielseitigen Widerstandsgeschichte um Gorbuchen zu lernen.

Tagtäglich sind wir mit schlechten Nachrichten aus Japan konfrontiert: Verharmlosung oder Vertuschung der Fakten in Fukushima, Trickserien um Entschädigungen, politischer Zwang zur Rückkehr in verseuchte Gebiete und so weiter. Das lähmt uns manchmal. Aber von euch lernen wir, was ziviler Ungehorsam ist, ein Begriff, der sich nur schwer ins Japanische übersetzen lässt, den zu lernen aber für Japaner von enormer Bedeutung wäre. Es gilt: Nicht einfach darauf warten, bis der Staat etwas macht, sondern selber bewusst und kreativ alternative Lebensformen entwerfen und sie vorleben, wie man das im Wendland an so vielen Beispielen sehen kann. Das ist das Geheimnis für einen langen Atem und einen zukunftsfähigen Widerstand, den wir mehr denn je brauchen.

Yu Kajikawa
Sayonara Nukes Berlin



Wundern Sie sich nicht, das Editorial, die Eingangszeilen jeder Ausgabe der „Gorleben Rundschau“, heute nicht vom Vorsitzenden der Bürgerinitiative zu lesen, sondern vom verantwortlichen Redakteur des Blattes. Eine gemeine Grippe hat Martin Donat heimgesucht und fordert bis auf Weiteres ihren Tribut.

Und irgendwie ist das symptomatisch. Weite Teile der Öffentlichkeit erachten den jahrzehntelangen Konflikt um die Atomenergie für beendet, gar für befriedet: Atomausstieg in Umsetzung, landesweite Endlagersuche begonnen, Castortransporte nach Gorleben Geschichte. Im Westen nichts Neues, könnte man meinen. Eine Einschätzung, die nicht nur in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit verbreitet ist, sondern auch an der freiwendländischen nicht spurlos vorbeigeht. Und da wird es für die Bürgerinitiative Umweltschutz interessant, kommt ihr große Bedeutung



Andreas Conradt
Redakteur

zu: Sie hat die wichtige Aufgabe, Strukturen aufrecht zu erhalten für den Tag, an dem es im Wendland doch wieder hoch hergeht. Sie will informieren über all die kleinen Hintertürchen für die Politik und die Fallen für die Anti-Atom-Bewegung. Und sie betreibt

Vernetzung mit anderen Initiativen im Land (Stichwort: Solidarität mit anderen Standorten) und mit internationalen Gruppen (Stichwort: Atommüllexport). Kaum weniger Aufgaben also als zur Zeit der heißen Auseinandersetzungen um Gorleben, diese aber verteilt auf spürbar weniger Aktive. Da macht sich gelegentlich schon mal Erschöpfung breit – was die gemeine Grippe natürlich auszunutzen weiß.

Allzu Besorgnis erregend ist das andererseits nicht, denn in der gut 40-jährigen Geschichte des wendländischen Widerstands – und übrigens auch der gesamten deutschen Anti-Atom-Bewegung – hat es immer wieder Phasen der scheinbaren Ruhe, mindestens aber der Neuorientierung gegeben. Sie sind wichtig, um Kraft zu tanken, um Strategien als Antwort auf neue Situationen zu schmieden und um neue Mitstreiter/-innen zu motivieren. Aus jeder dieser Zeiten sind BI und Bewegung gestärkt hervorgegangen.

Während diese Zeilen geschrieben werden, hält die Bürgerinitiative im Gasthaus Wiese in Gedelitz unweit der Atomanlagen einen „Ratschlag“ ab, und auch die Hauptversammlung Anfang März wird dem mitgliederstärksten Verein Lüchow-Dannenberg neue Impulse geben. Mag eine Grippe im Moment der Krankheit mit Schwäche, Unwohlsein und Kraftlosigkeit einhergehen: Sie ist – auf ein Menschenleben genauso wie auf die Existenz der Bürgerinitiative betrachtet – nichts weiter als ein flüchtiger Wimpernschlag.

Impressum

40. Jahrgang
Ausgabe 1065
März, April 2018

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)
Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion
Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Axel Kahrs (ak), Torben Klages (tk)
Hermann Klepper (hk), Nora Krohn (nk)

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Helga Wallat

Druck, Papier, Farben
dieUmwelt Druckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Silk Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de



Birgit Huneke

www.Gorleben-Archiv.de

Unsere Geschichte

Sportplatz in Breselenz am 28. Juni 2003, der „Wild Wendish Cup“ um den Alt-Bräsig-Pokal wird ausgetragen. Ein Spektakel der besonderen Art. Mit Spaß und Lebensfreude wird vor dem nächsten Castortransport auf dem grünen Rasen ausgiebig Tempogegenstoß, Sturmloch, Verteidigung, Raumdeckung, fiese Bananenflanken und wendländische Geschlossenheit geübt. Der Hintergrund: Beim Castor-Transport 2002 ist von der Bäuerlichen Notgemeinschaft ein neues Dorf bei Splietau gegründet worden. Das Dorf „Alt Bräsig“ hatte so Einiges zu bieten. Unter der großartigen, einzigartigen, polizeieigenen Flutlichtanlage konnten abendliche und nächtliche Sportaktivitäten stattfinden. Und so fanden in den Castor-Transporttagen immer mehr Teams den Weg nach „Alt Bräsig“ und jagten dem Fußball nach. Doch das wohlige Sonntags-Nachmittag-Fußball-Gefühl kam in diesen Tagen nicht auf. So wird im Juni 2003, bei herrlichem Sonnenschein, das Turnier um den „Alt Bräsig Pokal“ unkonventionell und mitunter chaotisch ausgetragen. Und einige Fragen bleiben offen: Ist es überhaupt gewaltfrei, einen Fußball zu treten? Kann das gegnerische Team durch eine Sitzblockade aufgehalten werden? Kann man gegen rote Karten Widerspruch beim Amtsgericht einlegen? Egal! In diesem Sommer treten zehn Mann- und Frauschaften gegeneinander an, diesmal ohne Polizei. Sie nennen sich FC Flinke Krallen, Wendland Piraten, Black Block Panther, IDAS zensiert, FC Bauern. 2004 und 2006 wird dieses nicht regelkonforme Fußball-Turnier von der BI Lüchow-Dannenberg veranstaltet. (bh)

Meldungen

Atommüll weltweit

Welt-Atommüll-Report geplant

Die Grünen-Europapolitikerin Rebecca Harms und der Atompolitiker Mycle Schneider planen, einen Statusbericht für Atommüll zu initiieren, der die Abfallmengen einzelner Länder kategorisiert und bilanziert sowie die unterschiedlichen Entsorgungsstrategien und deren finanzielle Lücken aufzeigt. Der geplante Statusbericht soll sich konzeptionell an den regelmäßig erscheinenden „World Nuclear Industry Status Report“ (WNISR) anlehnen, der zuletzt im vergangenen Herbst in Paris, Trebel, Washington, Berlin, Tokio und Peking viel Aufsehen erregt hatte und den Autoren zufolge von Presse und Publikum positiv aufgenommen wurde. „Es wird immer klarer, dass wir etwas zur wachsenden Atommüllproblematik und der fehlenden Exit-Strategie der Länder, die Atomenergie nutzen, machen müssen“, so Harms. „Wir haben in den letzten Jahren keine Präsentation des WNISR erlebt, bei der wir nicht gefragt worden wären, warum es kein

Kapitel oder keine Ausgabe zum Problem des Rückbaus und des Atommülls gibt.“ Länder und ihre Bürger/-innen, die heute noch überlegen, in die Risikotechnologie einzusteigen, müssten nicht nur wissen, was es kostet, die Reaktoren zu bauen, sondern auch, was am Ende realistischerweise noch an Aufgaben und Kosten auf sie zukommt. Rebecca Harms: „Ein Konzept haben wir in Zusammenarbeit mit Wolfgang Neumann und Gordon MacKerron entwickelt. Ein Autorenteam ist angefragt und ein Projektmanager gefunden. Wir stehen in den Startlöchern für einen World Nuclear Waste Report!“ (gr)

Die deutsche Website electricitymap.org zeigt in Echtzeit, wieviel von welcher Energie gerade produziert und, auch über Ländergrenzen hinweg, transportiert wird.



Ökostrom

Aufgepast beim Stromwechsel

Im Atomkraftwerk Gundremmingen in Bayern ist zum Jahreswechsel Block B endgültig abgeschaltet worden. Damit sind in Deutschland noch sieben Reaktoren am Netz, die bis spätestens Ende 2022 ebenfalls abgeschaltet werden. „Viele Menschen haben erkannt, dass es auch einen Ausstieg aus der Atomkraft und Kohle von unten gibt und dass das ein wirkungsvoller Beitrag zum Umstieg auf die Regenerativen ist“, merkt die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg an. Entsprechend hart ist der Konkurrenzkampf auf dem Markt der Öko-Stromer. So hat im Sommer 2017 ein wirtschaftlicher Riese erstmals seinen Hut in den Ring geworfen: die Deutsche Bahn. Und nach Aldi bietet nun auch Lidl grünen Strom an. Auch die alten Energiekonzerne stürmen an den Öko-Markt, offerieren ihre Angebote allerdings durch Zweitanbieter wie Eon über Lidl oder gründen wie RWE mit Innogy Tochterfirmen mit Grünstromprodukten, um zu verwischen, dass hinter dem grünen Angebot die Produzenten von Atom- und

Kohlestrom stehen. Mit dem Angebot steigt auch die Nachfrage. So erreichte der Anteil von Öko-Strom am gesamten Strombedarf im ersten Halbjahr 2017 erstmals die 35-Prozent-Marke. „Wer noch keinen grünen Strom bezieht, sollte 2018 den persönlichen Ausstieg aus Atom und Kohle besiegeln und den Stromanbieter wechseln. Wer bereits grünen Strom bezieht, sollte unbedingt überprüfen, wer hinter einem Anbieter steht“, empfiehlt die Umweltinitiative. Ein Wechsel des Anbieters sei ganz einfach, in der Regel müsse man nur seine Zählernummer vorhalten. Einen Leitfaden finden Interessierte auf der Website der Bürgerinitiative, im Büro der Gorleben-Gegner gibt es zudem einen Flyer zur Orientierung. (we)

Forsmark, Gorleben

Herber Rückschlag für Endlager in Schweden

Das schwedische Umweltgericht Nacka hält das geplante Konzept der schwedischen Atommüllgesellschaft „Svensk Kärnbränslehantering“ (SKB) für nicht genehmigungsfähig. Nach siebenjähriger Überprüfung sahen die Richter „bedeutende Unsicherheiten“, ob die vorgesehene Technik den Strahlenmüll auf längere Sicht sicher einschließen könne, berichtet die Berliner „tageszeitung“. Ähnlich wie in Deutschland hatte der schwedische Reichstag 1977 den Betrieb der Atomkraftwerke von einem Endlagerkonzept abhängig gemacht. Die SKB legte 1983 einen Plan vor, nahe dem Atomkraftwerk Forsmark den hochradioaktiven Müll in 500 Meter Tiefe in Felskavernen zu lagern. Vor allem die Idee, die abgebrannten Brennelemente in Kupfer einzukapseln, galt als besonders klug. So sollten die Behälter für Jahrtausende sicher eingeschlossen werden. Inzwischen ist klar, dass Kupfer – allen Vorhersagen zum Trotz – schneller korrodiert als angenommen und damit Radioaktivität in die Biosphäre ein-

treten kann. „Die Notwendigkeit von Rücksprüngen drängt sich nach dem schwedischen Desaster auf, auch für die Endlagersuche in der BRD“, so der Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Danenberg (BI), Wolfgang Ehmke. Auch ein vergleichendes Verfahren, wie es jetzt angestrebt wird, könne ohne die festgelegte Möglichkeit von Rücksprüngen in die Leere führen oder am Ende den Druck erhöhen, Gorleben trotz aller geowissenschaftlichen Bedenken zu realisieren.

Die BI warnt: Salz kann sehr wohl unter Druck und durch den Wärmeeintrag Risse bilden. „Das ist seit zwei Jahren bekannt. Trotzdem wird Salz weiter als Endlagermedium gehandelt“, kritisiert Ehmke. Künftige Eiszeiten würden den Untergrund durchwalken, trotzdem seien Gebiete, die von Eiszeiten betroffen wurden und werden, nicht bei der Endlagersuche ausgeschlossen. Rücksprünge, die auf wissenschaftlichen Untersuchungen basieren, sind im Standortauswahlgesetz (StandAG) zwar erwähnt, weil ein „lernendes Verfahren“ proklamiert wurde. Ehmke: „Sie sind aber nirgendwo gesetzlich oder verfahrenstechnisch geregelt, geschweige denn festgeschrieben. Nicht einmal dem Nationalen Begleitgremium, das zwischen Bundestag, Behörden und der interessierten Öffentlichkeit vermittelt, wurde das Recht zugesprochen, Rücksprünge einzufordern.“ Das müsse nach den Erkenntnissen aus Schweden, wo es hieß, europaweit sei man am weitesten mit der Endlagersuche, durch eine Novelle des StandAG korrigiert werden. (pm)

Illustration des geplanten Atommülllagers am AKW Forsmark, rund 120 Kilometer nördlich von Stockholm



Torben Klages

BI-Büro

Aktion und Politik

Los ging das neue Jahr mit Trips nach Karlsruhe und Berlin, wo das Nationale Begleitgremium Tagungen abhielt. So lauschten wir den Problemstellungen im Bereich der Zwischenlagerung und der Umsetzung des Standortauswahlverfahrens und trugen unsere Kritik vor. Flankierend organisierten wir eine Veranstaltung zum Thema Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle. Zwei Forscher aus dem ENRTIA-Projekt stellten ihre Ergebnisse zum Thema „Oberflächenlagerung“ vor.

Die Probleme waren auch ein Thema bei der Atommüllkonferenz in Kassel. Hier rangen die Anti-Atom-Initiativen unter sich um ein Positionspapier, das eine Arbeitsvorlage der betroffenen Standorte zur Folge haben sollte.

Betroffenheit erhofften wir uns auch von der Veranstaltung „Aktiviert Euch!“. Die BI lud ins Gasthaus Wiese, wo neue Aktive gewonnen und die alten Hasen zum Plausch bei Suppe und Getränken für kommende Herausforderungen begeistert werden konnten. Mag die mediale Präsenz unseres Themas auch abnehmen, die Aufgaben sind in Vielfalt und Komplexität nicht geringer geworden. Die kurzen Zeitfenster für kritische Stellungnahmen setzen viele Stunden Recherche und interne Beratungen voraus. Frische Ideen gepaart mit langjähriger Erfahrung sorgen für die nötige Bewegung in der Bewegung.

Dass die schon einige Jahre Erfahrung auf dem Buckel hat, bewies der Filmabend zum Jahrestag der Standortbenennung Gorleben am 22. Februar. Helmut „Profi“ Koch, selbst Aktiver der ersten Stunde, hatte in liebevoller Eigenarbeit einen Film über die Anfänge des Protests in Gorleben zusammengestellt. (tk)



Bodo

Nachgetreten

Ruhe! Vor dem Sturm!

Oh, Mann, kaum mal eben zur Ruhe gelegt, da wird schon wieder stürmisch nach 1500 Zeichen gefragt. Wenn man nun an Schlafmangel stirbt, will keiner dafür verantwortlich sein. Verdammter Punk! Weder Sturm der Ruhe, noch Ruhe vor dem Sturm. Jedenfalls ein Sturm der Entrüstung (Wat is' dat? So 'ne Art Antikriegssturm?) würden wohl die Ilostreten, die sich den Erhalt der Lebensgrundlage auf Fahnen schreiben, wenn sie erfahren, dass Altöl so entsorgt wird, dass das den erwähnten Erhalt bedroht. Ach, da war doch mal was zu Fahnen und Altöl.

Als wir damals, 1979, hierher kamen, voller Aufbruchstimmung, mit stürmischem Tatendrang dem Lebensstil des Mainstreams zu trotzen und Umwelt zu schützen, wurde als fast erste umweltpolitische Aktion 'ne schwarze Fahne gehisst. Schwarz wie Altöl. So schwarz, dass auf der nix zu lesen war – von Lebensgrundlage und so. Na ja, und Auto fuhren wir natürlich auch. Diese benötigen nun mal 'nen Ölwechsel. Bloß: Wohin mit Altöl? Ein Bekannter: „Manche streichen – gesetzeswidrig – damit Fachwerk.“ Als, ähm, Verwitterungsschutz, was damals schon verboten war. Es kam zusammen, was nach uns'rer ökologisch-ökonomischen Denke zusammen gehörte: Altöl preisgünstig am Häusle entsorgen, Anti-Mainstream leben – und es war so schön verboten. Sauber, nix wie ran an die Arbeit, im festen Glauben, Fachwerk, Anti-Mainstream und der Umwelt zu dienen. Das wir freakige Anti-Atom-Öko-Anarchos Umweltsauerei begingen, verbot uns unser sauberes Gewissen zu erkennen. Bevor nun mögliche Entrüstung mich einölt, leg' ich mich doch nochmal zur Ruhe. Vor dem Sturm. (bodo)

Nukleare Kette I

Atomstandort Lingen schließen!

Angesichts der grenznahen Lage des Atomkraftwerks Lingen sowie der heftig umstrittenen Brennelementexporte zu Pannenreaktoren in Belgien und Frankreich unterstützen mittlerweile 304 Initiativen, Verbände und Parteigliederungen die Resolution „Atomstandort Lingen nicht länger tolerieren“. Die Unterstützer erwarten, dass die neue Bundesregierung und die niedersächsische Landesregierung sowohl das altersschwache Atomkraftwerk wie auch die Brennelementefabrik umgehend stilllegen. Zwei Gutachten für das Bundesumweltministerium bestätigten vor kurzem, dass auch die Brennelementefabrik rechtssicher stillgelegt werden kann. „Das AKW Emsland ist nun fast 30 Jahre am Netz und damit ziemlich in die Jahre gekommen, die Brennelementefabrik beliefert immer wieder Atomkraftwerke wie Tihange, Doel, Cattenom und Fessenheim, die vor allem für schwerwiegende Pannen und gravierende Sicherheitsmängel bekannt sind – es gibt keinen Grund, warum diese beiden Atomanlagen weiter betrieben werden sollten. Der Atomausstieg muss jetzt auch im Emsland unverzüglich umgesetzt werden“, forderte Christina Burchert vom Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf. Anfang Februar fand darum eine Mahnwache vor der Düsseldorfer Staatskanzlei statt, weil NRW-Ministerpräsident Armin Laschet für die CDU in den Koalitionsverhandlungen die zukünftige Atompo-

litik in Deutschland maßgeblich mitbestimmt habe. Noch letzten Sommer habe er dabei einen Exportstopp für Brennelemente von Lingen nach Tihange und Doel gefordert, dies aber jetzt in die Koalitionsverhandlungen mit der SPD nicht eingebracht. Von Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) sei zur Atompolitik gar nichts zu hören. Zugleich kritisierten die Initiativen und Verbände, dass Deutschland nun auch den neuen finnischen Reaktor Olkiluoto 3 aus Lingen mit frischen Brennelementen zur Inbetriebnahme versorge. Mit den entsprechenden Exportgenehmigungen für Olkiluoto 3 habe die Bundesregierung erneut das Gefahrenpotenzial eines schweren Reaktorunglücks in Europa erhöht. Zudem befürchten die Atomkraftgegner, dass schon bald wieder neue Exportgenehmigungen für Tihange, Doel, Cattenom und Fessenheim erteilt werden könnten. (ac)



Nukleare Kette II

Kazaguruma-Demo

Am Samstag, dem 10. März findet in Berlin erneut die Kazaguruma-Demonstration statt. Sie trägt in diesem Jahr den Titel: „Die nukleare Kette brechen“. Die Veranstalter, ein Bündnis aus zahlreichen Initiativen und Verbänden, sagen dazu in ihrem Aufruf: „73 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki, 32 Jahre nach Tschernobyl und 7 Jahre nach Fukushima müssen wir die nukleare Kette weltweit brechen, um das atomare Zeitalter Geschichte werden zu lassen!“ Die Demonstration startet um 13 Uhr auf dem Pariser Platz am Brandenburger Tor. (pm)

Nukleare Kette III

Was wird aus URENCO?

Die japanische Regierung plant nach Medienberichten die Übernahme des zum Verkauf stehenden Uranunternehmens URENCO. In Deutschland betreibt es die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau. Linken-Politiker Zdebel: „Die UAA ist in der Lage, atomwaffenfähiges Uran herzustellen. Wer Atomausstieg und Abrüstung will, muss diese Anlagen stilllegen und nicht teuer verschern.“ (gr)

Veranstaltung in Hitzacker

Buen Vivir – Das Recht auf ein gutes Leben

Die WachstumsWende Wendland, die Arbeitsgemeinschaft Natur und Umwelt (ANU) sowie die Bürgerinitiative Lüchow-Danzenberg laden für Freitag, den 29. Juni zu einer Veranstaltung mit Alberto Acosta ein. Der international anerkannte Politiker kommt aus Ecuador und ist leidenschaftlicher Verfechter der Lebenskultur der indigenen Völker Südamerikas. Er spricht (in deutscher Sprache) zum Thema „Buen Vivir – das Recht auf ein gutes Leben“. Der spanische Begriff beschreibt das ursprüngliche, traditionelle, Jahrhunderte alte Leben und Wirtschaften der indigenen Völker der Andenregion und des Amazonasgebiets Südamerikas, das sich gründet auf ein solidarisches Miteinander der Menschen und das im Einklang und in Harmonie mit der Natur, mit „Mutter Erde“ steht. Die Veranstaltung soll Wege zu einer menschlichen Gesellschaft aufzeigen, wie sie in der Kultur der indigenen Völker Südamerikas verankert ist. Acosta geht der Frage nach, welche Ideen und Vorstellungen, welche politischen Leitlinien sich aus dem „Buen Vivir“ für die westliche Welt entwickeln lassen, deren Wirtschaft unaufhörlich wächst und bestimmt wird von Konkurrenz und Verschwendung von Ressourcen, dabei Umwelt und Natur zerstört und Menschen in den Ländern des Südens ihre Lebensgrundlage nimmt. Acosta schreibt: „Angesichts des Scheiterns der aktuellen Wachstums- und Fortschrittskonzepte in der westlichen Welt und der drohenden ökologischen und so-

zialen Krisen werden neue Ideen heute zu einer Frage des Überlebens. Das Konzept des ‚Buen Vivir‘ gewinnt dabei zunehmend an Bedeutung ...“ Alberto Acosta übt Kritik an einem unaufhörlichen Wirtschaftswachstum und warnt vor dessen dramatischen Auswirkungen. Auf einer internationalen Konferenz in Berlin sagte er schon 2010: „Wenn wir mit dem ständigen Wachstum, mit einer unaufhörlichen Produktion materieller Güter so weitermachen, wird unser Planet kollabieren durch Auswirkungen der steigenden Erderwärmung, Naturzerstörung und dem Verlust der Biodiversität weltweit.“ Acosta war bis 2008 in Ecuador Minister für Energie und Bergbau, im Jahr 2013 Präsidentschaftskandidat und als Präsident der verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors maßgeblich an der Integration des „Buen Vivir“ in die Verfassung Ecuadors verantwortlich. Im November 2017 erhielt er zusammen mit Prof. Schellnhuber, Präsident des Klimaforschungsinstituts in Rostock, den Carl-Lewitz-Nachhaltigkeitspreis. Heute arbeitet er als Professor für Ökonomie an der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften in Quito. Neben Acosta wird auch der Wachstumskritiker Prof. Niko Paech von der Universität Siegen sprechen. Die „Grupo Sal“ wird mit ihrer leidenschaftlich und kraftvoll vorgetragenen Musik den Abend abrunden. Die lateinamerikanischen Rhythmen und politischen Liedtexte sind ein zentraler Teil der Veranstaltung. Seit über 30 Jahren setzt sich „Grupo Sal“ mit ihrer Musik für eine gerechtere Welt und für ein würdevolles Miteinander der Menschen ein, hatte unter anderem Auftritte mit Ernesto Cardenal und gilt als bedeutende Stimme Lateinamerikas. (hk)

Die Veranstaltung findet am Freitag, dem 29. Juni 2018 im VERDO in Hitzacker statt und beginnt um 19 Uhr. Der Eintritt ist frei, Spenden sind erwünscht.

Initiativen aus dem Wendland können vor der Veranstaltung in der Zeit von 17 bis 19 Uhr im Foyer des VERDO ihre Arbeit zu „Gutes Leben im Wendland“ präsentieren.



Michail Schütte

**Wandel im Wendland
Rettet die Nacht!**

Das Wendland ist im Wandel, auch bei uns nimmt die Lichtverschmutzung Jahr für Jahr zu. Dabei haben wir – schon mal bemerkt? – hier noch echte Nacht. So dunkel wie bei uns ist es nur noch auf zwei Prozent der Fläche Deutschlands. Dunkle Hotspots wie die Göhrde und die Nemitzer Heide kommen sogar auf Dunkelheitsspitzenwerte, wie sie sonst nur in Wüsten erreicht werden.

Das freut den Sternenfreund, aber auch die Fauna. Viele Tiere, Insekten wie Wirbeltiere, sind auf Dunkelheit angewiesen, der Umweltschutz hat die Nacht bisher aber meist ausgeklammert.

Lichtverschmutzung ist die Summe aller nächtlichen Beleuchtung. Um unsere Nacht zu erhalten, müssen wir draußen intelligent beleuchten: So wenig wie möglich, nach unten gerichtet, mit warmer Lichtfarbe, denn blauweißes Licht strahlt weiter und stört Tiere mehr, und möglichst zwischen 23 und 6 Uhr sämtliches Licht abschalten.

Wichtig ist es gerade jetzt, wo viel öffentliche Beleuchtung auf LED-Technik umgestellt wird, mit offenen Augen durch die lokale Nacht zu gehen. Denn leider wird bei der Renovierung in den Orten und Dörfern oft auf kalte Lichtfarbe umgestellt, und leider oft auch nach dem Motto verfahren: „Es darf auch etwas mehr sein, denn wir verbrauchen ja weniger Energie.“ So erfreulich ein geringerer Stromverbrauch ist, bleibt die Konsequenz der meisten Bürgermeister/-innen doch falsch. Entdeckt eure Dunkelheit, und helft, sie zu bewahren! Um den Erhalt der Nacht kümmert sich auch die kürzlich gegründete Initiative „Sternenparadies Elbtalau“. (ms)





Atommüll Im gesamten Bundesgebiet werden in den nächsten Jahren alle geologisch infrage kommenden Regionen verglichen, um den Standort zu finden, der die bestmögliche Sicherheit für die Lagerung von Atommüll gewährleisten kann. Das Nationale Begleitgremium, das dieses Auswahlverfahren als unabhängige gesellschaftliche Instanz begleitet, soll für eine faire Standortsuche sorgen. Das Gremium hat einen eng getakteten Terminplan: Mitte Januar ging es in Karlsruhe nicht um die Endlagersuche, sondern den damit verbundenen Themenkomplex: der Langzeitzwischenlagerung. Anfang Februar wurde in Berlin über die Suche nach einem Endlager gesprochen. Ein Bericht von **Wolfgang Ehmke**.

2031 soll ein Endlagerstandort definitiv feststehen, und 2050 wird die Einlagerung von hochradioaktivem Müll in ein tiefeingeologisches Lager beginnen – das ist der offizielle Fahrplan der Bundesregierung. Doch an diesen Zeitplan glaubt niemand wirklich, nicht einmal mit Gorleben als „schneller Lösung“ im Paket.

» Tagung in Karlsruhe zum Thema Langzeitlagerung

Die Zwischenlagerung wird deutlich länger als 40 Jahre dauern, und damit verbunden ist ein Bündel von Fragen, das die Sicherheit der Anlagen und deren Alterung betrifft, aber auch, wie Zwischenlager gegen Flugzeugabsturz oder terroristische Attacken in Zukunft gesichert werden können. Das Nationale Begleitgremium (NBG), das eigentlich die Endlagersuche begleiten soll, lud deshalb Mitte Januar zu einer Tagung in Karlsruhe ein, um einen Impuls an die Politik und die zuständigen Behörden zu geben, sich mit dieser „Lücke“ zu befassen. Das NBG traf offensichtlich den Nerv der Zeit, denn dessen Vorsit-

zende, Professorin Miranda Schreurs und Professor Klaus Töpfer, konnten auf der gut besuchten Veranstaltung Bürgermeister/-innen und Anti-Atom-Aktivist/-innen von rund der Hälfte der sechzehn Zwischenlagerstandorte begrüßen. Töpfer drückte sein Bedauern darüber aus, dass Jochen Flasbarth, der neue Chef der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlager (BGZ) und Staatssekretär im Bundesumweltministerium, seine Teilnahme abgesagt hatte.

Beate Kallenbach-Herbert vom Öko-Institut Darmstadt verwies in ihrer gutachterlichen Stellungnahme auf die vielen ungeklärten Fragen. Es gebe erheblichen Forschungsbedarf hinsichtlich der Frage, welchen Einfluss eine überlange Lagerzeit auf das Behälterinventar habe. Bisher gebe es nur das Instrument einer periodischen Sicherheitsüberprüfung, Messungen und eine Inaugenscheinnahme von außen. Für die Reparatur eines defekten Primärdeckels sei eine heiße Zelle vonnöten, wegen der starken Strahlung also eine ferngesteuerte Arbeit hinter dicken Betonmauern.

Doch weil bisher eine Langzeitlagerung nicht angedacht worden ist, gebe es nicht einmal ein Regelwerk zur Überprüfung des Behälterinventars.

Das räumte auch Dr. Christoph Bunzmann vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BFE) ein. Prof. Bruno Thomauske, einst zuständig im Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), warnte in der Diskussion eindringlich davor, bestehende Genehmigungen einfach zu verlängern. Defekte Hüllrohre von abgebrannten Brennelementen könnten zerbröseln, Thomauske schloss die Gefahr einer Kritikalität nicht aus. Zu bedenken sei auch, dass die 1900 Castorbehälter, die es bis zum Ende der Atomkraftnutzung geben wird, noch einmal bewegt werden müssen – hin zu einem Endlager. In dem zweiten Punkt, ob die bestehenden Wandstärken von Ahaus und Gorleben ausreichen, um Anschläge verhindern zu können, wurde er noch deutlicher und plädierte für Neubauten oder eine gänzlich neue Zwischenlagerstrategie.

Ein geeignetes „Übungsfeld“ für

-Vertreter

die angestrebte Partizipation bei der Endlagersuche sei die notwendige gesellschaftliche Verständigung über eine Ertüchtigung von Zwischenlagern beziehungsweise erforderliche Neubauten, damit es keine Sicherheitslücke bis zur Endlagerung gibt – damit befassten sich der Partizipationsexperte Hans Hagedorn und der Rechtsanwalt Hartmut Gaßner in der zweiten gutachterlichen Stellungnahme. Auch hier spielte die Tatsache, dass die Genehmigungen in Gorleben und Ahaus 2034 beziehungsweise 2036 auslaufen, eine große Rolle.

Ratlos blieben die Teilnehmer/-innen der Veranstaltung mit der Frage zurück, wer sich in Zukunft der Probleme der Zwischenlagerung annehmen wird. Es sickerte durch, dass das Bundesumweltministerium (BMUB) verhindern will, dass das Nationale Begleitgremium sich mit dieser Frage beschäftigt. Deshalb muss jetzt vom BUMB nachdrücklich gefordert werden, ein geeignetes Gremium zu schaffen, bei dem sich die interessierte Öffentlichkeit, die Initiativen und die betroffenen Bürgermeister/-innen zu dieser Thematik einbringen können.

» Tagung in Berlin zum Thema Endlagersuche

Für Anfang Februar hatte das NBG zu einer Folgetagung nach Berlin

eingeladen. Rund 120 Menschen aus Behörden, Instituten und interessierte Bürger/-innen kamen in der ehemaligen Jerusalemkirche zusammen, um über das hochumstrittene Konzept der Öffentlichkeitsbeteiligung, das vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) vorgelegt wurde, über geologische Ausschlusskriterien der Endlagersuche und die Aufarbeitung der Atommüll-Geschichte zu debattieren. Das Impulsreferat für die Geschichtsdebatte hielt Birgit Huneke vom Gorleben Archiv in Lüchow. Ursula Heinen-Esser, die Geschäftsführerin der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), befasste sich mit der Abfrage dieser federführenden Behörde zu den Ausschlusskriterien, dem ersten Schritt bei der Endlagersuche. Heinen-Esser musste einräumen, dass zwar alle Bundesländer Daten geliefert haben, aber nur acht in digitaler Form, die Qualität der Rückmeldungen ließe eine rasche Bearbeitung nicht zu. Zu der Frage, ob Länder auch bewusst Daten zurückhalten, damit der Kelch der Endlagersuche an ihnen vorbeiginge, antworteten BGE-Vertreter/-innen sehr selbstbewusst, dass sie nicht davon ausgingen. Ein Problem sei jedoch, dass bisher die gesetzliche Grundlage für die Veröffentlichung von Daten von Privatfirmen, die sie aus Bohrungen ge-

Das Nationale Begleitgremium soll für eine faire Suche nach einem Standort für ein Atommülllager sorgen. Die Mitglieder dürfen weder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch der Bundes- oder einer Landesregierung angehören. Sie dürfen keine wirtschaftlichen Interessen in Bezug auf die Standortauswahl oder die Endlagerung haben.

wonnen haben, nicht reicht. Heinen-Esser mahnte ein Geowissenschaftsdatengesetz an.

Schließlich stellte Dr. Jörg Tietze von der BGE die Ausschlusskriterien dar. Über die bekannten Kriterien wie seismische, vulkanische und bergbauliche Aktivitäten hinaus, so forderte es die BI Lüchow-Dannenberg (BI), müssten auch die neueren Erkenntnisse aus der Eiszeitforschung Berücksichtigung finden. Die BI regte an, dass das NBG zu diesem möglichen Ausschlusskriterium wissenschaftliche Gutachten in Auftrag gibt.

Ein weiterer Punkt, der auch im Abschlussplenum angesprochen wurde, war die Frage, wie künftig über offizielle Stellen hinaus an das BGE Daten übermittelt werden können. Unlängst hatten die BI und das Gorleben-Archiv unter dem Titel „Untergrundamt Gorleben-Solleben, Postfach 1004“ das BGE angeschrieben und eine Literaturliste zur Eiszeitforschung eingereicht. Ehmke führte darüber hinaus die vergessenen Tiefbohrungen aus der Zeit des Kalibooms vor über 100 Jahren im Raum Gorleben als Beispiel ins Feld. Dazu führte Tietze aus, dass es Überlegungen zu einer derartigen Online-Plattform des BGE gebe. Dort, so ein Vorschlag aus dem Plenum, könnten auch Whistleblower aus Behörden ihre Kenntnisse einbringen.





Gestörtes Vertrauen

Das Zwischenlagerproblem und die Öffentlichkeit

Studie Spätestens im Jahre 2031 soll es in Deutschland einen Standort geben, an dem ein möglichst sicheres „Endlager“ für hochradioaktiven Atommüll errichtet werden kann. Dieses Ziel hat der Bundestag – also der Gesetzgeber – im Standortauswahlgesetz vorgegeben. Inzwischen dürfte aber allen Beteiligten klar sein, dass dieser Zeitplan nicht eingehalten werden kann. Die Genehmigungen der Zwischenlager selbst wie auch die der Castorbehälter mit dem strahlenden und heißen Abbrand aus den Atomkraftwerken werden in der Regel lange abgelaufen sein, bevor ein „Endlager“ zur Verfügung stehen wird. Ganz abgesehen davon, dass dünnwandige und weitgehend ungeschützte Wetterschutzhallen wie in Gorleben heute als Zwischenlager gar nicht mehr genehmigungsfähig wären. Eine Analyse von **Wolf-Rüdiger Marunde**.

Deutschland hat ein Zwischenlager-Problem – und kein Konzept, wie es gelöst werden könnte. Im Prinzip gibt es drei Möglichkeiten: Entweder die bestehenden Zwischenlager werden auf den Stand von Wissenschaft und Technik gebracht, und dies so, dass sie 100 Jahre möglichst guten Schutz bieten. Nicht nur vor unkontrollierbaren Kettenreaktionen in den Castoren, sondern auch vor Flugzeugabstürzen oder Terrorangriffen mit panzerbrechenden Waffen. Oder ein Teil der Zwischenlager wird stillgelegt und die Castoren in Neubauten transportiert. Oder aber es werden einige wenige große und moderne Zwischenlager gebaut, in denen alle Castoren auf Jahrzehnte zwischengelagert und auch geöffnet wer-

den können. Beispielsweise ein Eingangslager Nord und ein Eingangslager Süd.

» Neue Studie zur Bürgerbeteiligung

Alle diese Optionen haben gravierende Nachteile, nicht zuletzt für die Bevölkerung der Regionen, in denen sie bereits stehen oder möglicherweise noch gebaut werden. Alle Handlungswege sind schwer konfliktträchtig. Aber der jetzige Zustand ist unhaltbar – Deutschland braucht ein „Nationales Zwischenlagerkonzept“. Dringend.

Das ist auch deswegen eine atompolitische Mammutaufgabe, weil das dafür notwendige Vertrauen zwischen Bürger/-innen, Poli-

tik, Behörden und Wissenschaft schwer beschädigt ist. Mit der Frage, wie es wieder herzustellen wäre, beschäftigt sich eine Studie ¹ von Hans Hagedorn und Hartmut Gaßner, in Auftrag gegeben vom Nationalen Begleitgremium (NBG). ²

Dazu muss man wissen, dass diesem NBG vom Standortauswahlgesetz ³ eigentlich die Aufgabe zugewiesen wurde, die Suche nach einem Atommüll-„Endlager“ zu begleiten, Konflikte frühzeitig auszumachen und Vorschläge zu ihrer Befriedung zu unterbreiten. Die beiden Co-Vorsitzenden Klaus Töpfer und Miranda Schreurs geben sich damit jedoch nicht zufrieden, sondern haben schon im Vorfeld mehrere öffentliche Diskussions-Veranstaltungen zur Endla-

gersuche organisiert. Dabei ging es in weiten Teilen um die Frage, wie eine Beteiligung der Öffentlichkeit aussehen sollte. Auch die Zwischenlager-Problematik hat das Nationale Begleitgremium in den Blick genommen, zuletzt mit einer Veranstaltung Mitte Januar, auf der die Studie von Hagedorn und Gaßner vorgestellt wurde (s. Bericht ab Seite 8).

» Verzahnung der Öffentlichkeitsbeteiligung

Hagedorn und Gaßner gehen davon aus, dass auch die Erarbeitung und Realisierung eines Zwischenlagerkonzeptes die Beteiligung der Öffentlichkeit braucht. Nur so sei die notwendige Vertrauensbasis zwischen Bürgerschaft und Politik herzustellen: Eine Grundvoraussetzung nicht nur für eine „Zwischenlagerung“ über viele Jahrzehnte, sondern auch für die Auswahl eines „Endlager“-Standortes. „Je weniger es gelingt, ein breites gesellschaftliches Aufgabenverständnis für die Zwischenlagerung zu entwickeln,“ so die Autoren der Studie, „desto schlechter stehen die Chancen, mit Hilfe aller Akteure einen Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit zu finden.“

Hagedorn und Gaßner wollen die Öffentlichkeitsbeteiligung beim Zwischenlagerkonzept mit dem Standortauswahlverfahren für die Atommüll-Endlagerung „verzahnen“ und es „entlang der gleichen Prinzipien modellieren“. Allerdings müsse das Zwischenlager-Verfahren sofort starten, also 2018, und damit lange vor dem Start der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Endlagersuche. Bereits ein Jahr später solle dann ein Konzept für die Zwischenlagerung des Atommülls vorliegen, das wiederum die Suche nach einem „Endlager“ beeinflusse.

» Bürgerbeteiligung trainieren

Dabei geht es Hagedorn und Gaßner nicht nur um das Ergebnis, sondern auch um den Weg dorthin: Das Zwischenlagerverfahren solle auch als „Lernort“ für das Endlagerverfahren dienen, „of-

fene und faire Dialogsituationen könnten trainiert, verloren gegangenes Vertrauen neu aufgebaut werden.“

Im Prinzip ist das ein richtiger Gedanke. Allerdings ist gerade das Standortauswahlgesetz (StandAG) nicht geeignet, verloren gegangenes Vertrauen neu aufzubauen. Kern des Gesetzes ist die „Legalplanung“, ein absolutes Novum in der bundesrepublikanischen Geschichte: Das Verfahren wird der Überprüfung durch Gerichte, die in normalen Planungsverfahren möglich ist, weitestgehend entzogen. Nach jedem Verfahrensschritt entscheidet der Bundestag über die Empfehlung des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgung und macht daraus ein Gesetz, gegen das nur noch vor dem Bundesverfassungsgesetz geklagt werden kann. Und das auch nur dann, wenn eine Klage wegen verfassungsrechtlicher Bedenken zugelassen wird. Rückschritte, etwa weil sich der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik geändert hat, sind dabei nicht vorgesehen.

Die Mitwirkung der Öffentlichkeit ist zwar in mehreren Beteiligungsformaten möglich und erwünscht. Aber nur informell, als Empfänger der Informationen, die vom Bundesamt kommen. Die Rechte der Bürgerkonferenzen sind vom Gesetz so weitgehend beschnitten und stecken in einem so engen zeitlichen Korsett, dass eine gründliche Willensbildung kaum möglich ist. Von einer Mitwirkung an Entscheidungsprozessen

“
Das
StandAG ist
nicht geeig-
net, verloren
gegangenes
Vertrauen neu
aufzubauen

ganz zu schweigen. Die ist ausgeschlossen.

» Akteur und Kontrolleur zugleich

Hier spielt das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) ⁴ eine entscheidende Rolle. Diese Behörde führt das Verfahren, bei ihr laufen alle Fäden zusammen. Sie ist nicht nur zentraler Akteur, sondern auch zentraler Kontrolleur des Verfahrens, direkt unterstellt dem Bundesministerium für Umwelt. Das BfE ist auch Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung, es beruft die Beteiligungs-Konferenzen, richtet deren Geschäftsstellen ein und führt die Informationsplattform, auf der alle „wesentlichen“ Dokumente – beziehungsweise die, die das BfE für wesentlich hält – zu finden sein sollen.

» Ein entlarvender Satz

Sein Verständnis von Bürgerbeteiligung hat das Kontroll- und Leitungsorgan BfE in einer Broschüre „Unterschiedliche Rollen – ein Ziel; Positionspapier zur Öffentlichkeitsbeteiligung“ (Januar 2018, ⁵) veröffentlicht: Bei der Öffentlichkeitsbeteiligung komme es „entscheidend darauf an, den Bürgerinnen und Bürgern realistische Erwartungen hinsichtlich der Beteiligung zu kommunizieren, was auch die Grenzen der Beteiligung deutlich machen sollte.“ Es gelte das „Primat der Ergebnisorientierung“. Am deutlichsten wird die Einstellung des



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR:

➔ www.gorleben-rundschau.de/links

➔¹ www.nationales-begleitgremium.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gutachten-Diskurs-Zwischenlagerung.pdf?__blob=publicationFile&v=3

➔² www.nationales-begleitgremium.de

➔³ www.gesetze-im-internet.de/standag_2017/BJNR107410017.html

➔⁴ www.bfe.bund.de

➔⁵ www.bfe.bund.de/SharedDocs/IP6/BfE/DE/20180115_BfE_Positionspapier-Oeffentlichkeitsbeteiligung.pdf?__blob=publicationFile&v=6

➔⁶ www.bgz.de

➔⁷ www.bmub.bund.de

➔⁸ www.bge.de

BfE in einem Satz auf Seite 27 der Broschüre: „Wir freuen uns auf die Diskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Interessengruppen. Wer sich konstruktiv kritisch einbringt, wird nicht als Störer empfunden, sondern nimmt Verantwortung wahr und erhält unsere Wertschätzung.“ Als diese Broschüre Anfang Februar von Silke Albin, der Vizepräsidentin des BfE, auf einer Veranstaltung des Nationalen Begleitgremiums in Berlin vorgestellt wurde, erntete sie unterschiedliche Reaktionen, von Entsetzen über vehemente Kritik bis hin zu „gut, dass das BfE nun selbst dokumentiert, was wir befürchten“.

» Studie befürwortet Analogie zum StandAG

Hagedorn und Gaßner schlagen in ihrer Studie nun ebenfalls das BfE als Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung am Zwischenlagerkonzept vor: „Als Träger der Partizipation im Endlagerauswahlverfahren ist das BfE prädestiniert, auch Träger der Fachkonferenz Zwischenlager zu werden.“ Als ersten Schritt solle es, analog zu den „Fachkonferenzen Teilgebiete“ beim Endlager-Auswahlverfahren, eine „Fachkonferenz Zwischenlager“ einrichten. Die Teilnehmer/-innen der „Fachkonferenzen Teilgebiete“ werden (nach bislang unklaren Auswahlprinzipien) vom BfE berufen, wenn die Auswahl der Gebiete, in denen nach möglichen Standorten gesucht wird, feststeht. Sie dürfen in jedem Teilgebiet genau dreimal tagen, die Entscheidung des BfE entgegennehmen und eine Stellungnahme dazu abgeben. Nach spätestens drei Monaten wird die „Konferenz Teilgebiete“ wieder aufgelöst. Ähnlich soll auch die „Fachkonferenz Zwischenlager“ arbeiten, aber hier sehen Hagedorn und Gaßner nur eine einzige nationale Konferenz vor, offen für alle Interessierte. Die inhaltlichen Vorgaben für ihre Arbeit sollen von der Bundesgesellschaft für Zwischenlager kommen, die zudem die Vorschläge und Stellungnahmen der Bürger zusammenfasst

und als Chefredaktion der Konferenz arbeitet: Sie wählt die Texte aus, bearbeitet sie und entscheidet dabei allein über alle Textänderungen. Schon an dieser Stelle haben die Teilnehmer/-innen der „Konferenz Zwischenlager“ keinerlei Befugnisse mehr.

Analog zu den „Regionalkonferenzen“, die in den Regionen der Standorte gebildet werden, die obertägig untersucht werden

sollen, schlagen

Hagedorn und Gaßner

auch an jedem

Zwischenlagerstandort

die Bildung einer

„Begleitgruppe“ vor.

Sie soll die

„wesentlichen

Vorschläge und

Entscheidungen

auf Richtigkeit und

Nachvollziehbarkeit über-

prüfen“ und „ihr“ Zwischenlager

über den gesamten Zeitraum bis

hin zur Räumung und Nachnutzung

begleiten. Auch das StandAG

räumt den Zwischenlager-

Standorten ein Partizipationsformat

ein: Im „Rat der Regionen“,

den es bundesweit nur einmal ge-

ben wird, sollen sie die Hälfte der Sitze stellen. (Die andere Hälfte ist für die zur Erkundung bestimmten Endlager-Standorte vorgesehen.) Auch diese Konferenz hat keinerlei Mitwirkungsrechte, sie wird vom BfE eingesetzt, das auch deren Geschäftsstelle betreibt.

» Behörden sind selbst Konfliktpartei

Hagedorn und Gaßner ist bewusst, dass weder BfE noch die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) ⁶unabhängige und neutrale Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung sein können. Denn diese Behörden verfolgen Eigeninteressen und sind daher Konfliktparteien. Das BfE als Behörde, die direkt einem Ministerium unterstellt ist. Und die BGZ, weil sie von den Atomkonzernen die Zwischenlager und damit auch die Verantwortung für die weitere Zwischenlagerung übernommen hat. Beide werden sich für eine „ökonomisch sparsame“ und schnelle Lösung einsetzen. Und je nachdem, welche Partei das übergeordnete Bundesumweltministerium (BMUB) ⁷führt, je nachdem, welche Vereinbarungen die

“
Das Nationale Begleitgremium und die Behörden stehen sich nicht auf Augenhöhe gegenüber
”



Parteien im Vorfeld getroffen haben, wird das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit jeweils andere parteistrategische und regionale Interessen berücksichtigen.

» Stärkung des NBG statt Ungleichgewicht

Als Gegengewicht zu den Behörden BfE, BGZ und der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ⁸ wollen Hagedorn und Gaßner die Rolle des Nationalen Begleitgremiums stärken. Seine Aufgaben sind laut StandAG:

- latente Konflikte rechtzeitig zu erkennen und zu bearbeiten,
- Starten eines „prozessübergreifenden Evaluationsprojektes“,
- einen Partizipationsbeauftragten zu berufen.

Laut Hagedorn und Gaßner soll das NBG auch als Gegengewicht zu den staatlichen Behörden BGZ und BfE fungieren. Es soll:

- öffentliche Workshops organisieren,
- nicht-öffentliche Supervisionsangebote für beteiligte Protagonisten bereitstellen,
- Ansprechpartner für „Whistleblower“ sein – also Insidern zum Beispiel aus Behörden die Möglichkeit bieten, anonym Informationen weiterzugeben.

Allerdings stellen sie auch ein „Ressourcenungleichgewicht zu den personell sehr gut ausgestatteten Behörden und Vorhabenträgern (BfE, BGE, BGZ)“ fest. Deshalb schlagen sie vor, jedem NBG-Mitglied einen Referenten beizustellen.

Damit würde das NBG eine deutlich stärkere Stellung als Kontrollinstanz der staatlichen Akteure bekommen. Das wäre durchaus ein Fortschritt gegenüber dem, was das StandAG bislang vorsieht. Ob eine SPD/CDU/CSU-Koalition das mitmacht, muss stark bezweifelt werden. Denn gerade diese Parteien waren es, die im Schulterschluss mit den Grünen die Vorschläge der Endlagerkommission zur Bürgerbeteiligung im StandAG weiter zurückgeschnitten, gerichtliche Überprüfungen ausgeschlossen und Regierung und Parteien eine umfassende atompolitische Vollmacht ver-

schaft haben. Denn bei der „zielorientierten“ Bürgerbeteiligung geht es nicht um Mitwirkung der Öffentlichkeit, sondern nur darum, für die Entscheidungen des Bundesamtes für kerntechnische Sicherheit, der Regierung und der Bundestagsparteien die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen.

» Unattraktiv und terminlich schwierig

Unter solchen Bedingungen werden kritische Bürgerinitiativen und umweltpolitische Akteure an den Zwischenlager-Standorten kaum für eine Mitarbeit in der „Fachkonferenz Zwischenlager“ und den „Begleitgruppen“ an den Standorten zu gewinnen sein. Zumal es für politisch interessierte Berufstätige zeitlich wie finanziell ausgesprochen schwierig sein dürfte, zu den Terminen der Beteiligungskonferenzen anzureisen. Partizipation wird dann vermutlich von den einschlägig bekannten Gruppen wahrgenommen: Pensionäre, Kommunalpolitiker/-innen und Lobbyisten. Und natürlich von „Nuklearia“: älteren Herren, die teilweise auf eine langjährige Berufslaufbahn im Umfeld der Energiewirtschaft zurückblicken können, von einem missionarischen Eifer für die Vorteile der Atomenergie beseelt sind und Atomkritiker/-innen als hysterische Amateure betrachten.

» Fehler des StandAG würden wiederholt

Die Studie von Hagedorn und Gaßner mag gut gemeint sein und enthält einige beachtenswerte Vorschläge. Aber die Anpassung und Integration der Erarbeitung eines Zwischenlagerkonzeptes in das Standortauswahlverfahren würde sämtliche schwerwiegenden Geburtsfehler des StandAG auch auf das Zwischenlagerproblem übertragen: Die Legalplanung, die unzureichenden Mitwirkungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit, das starke Übergewicht der Behörden, die gleichzeitig Träger und Kontrolleure der Öffentlichkeitsbeteiligung wie auch Akteure mit eige-



Wolf-Rüdiger Marunde ist im Wendland ansässiger Zeichner. Er begleitet die „neue Endlagersuche“, unter anderem bei Veranstaltungen des NBG.

nen Interessen im Verfahren sind. Vor allem eines machen sowohl das Standortauswahlgesetz wie auch das im Partizipations-Papier dokumentierte Selbstverständnis des BfE deutlich: Das Vertrauen zwischen Öffentlichkeit und Staat ist gestört. Allerdings sind es in erster Linie Politik und Behörden, die keinerlei Vertrauen zu den Bürgern haben.

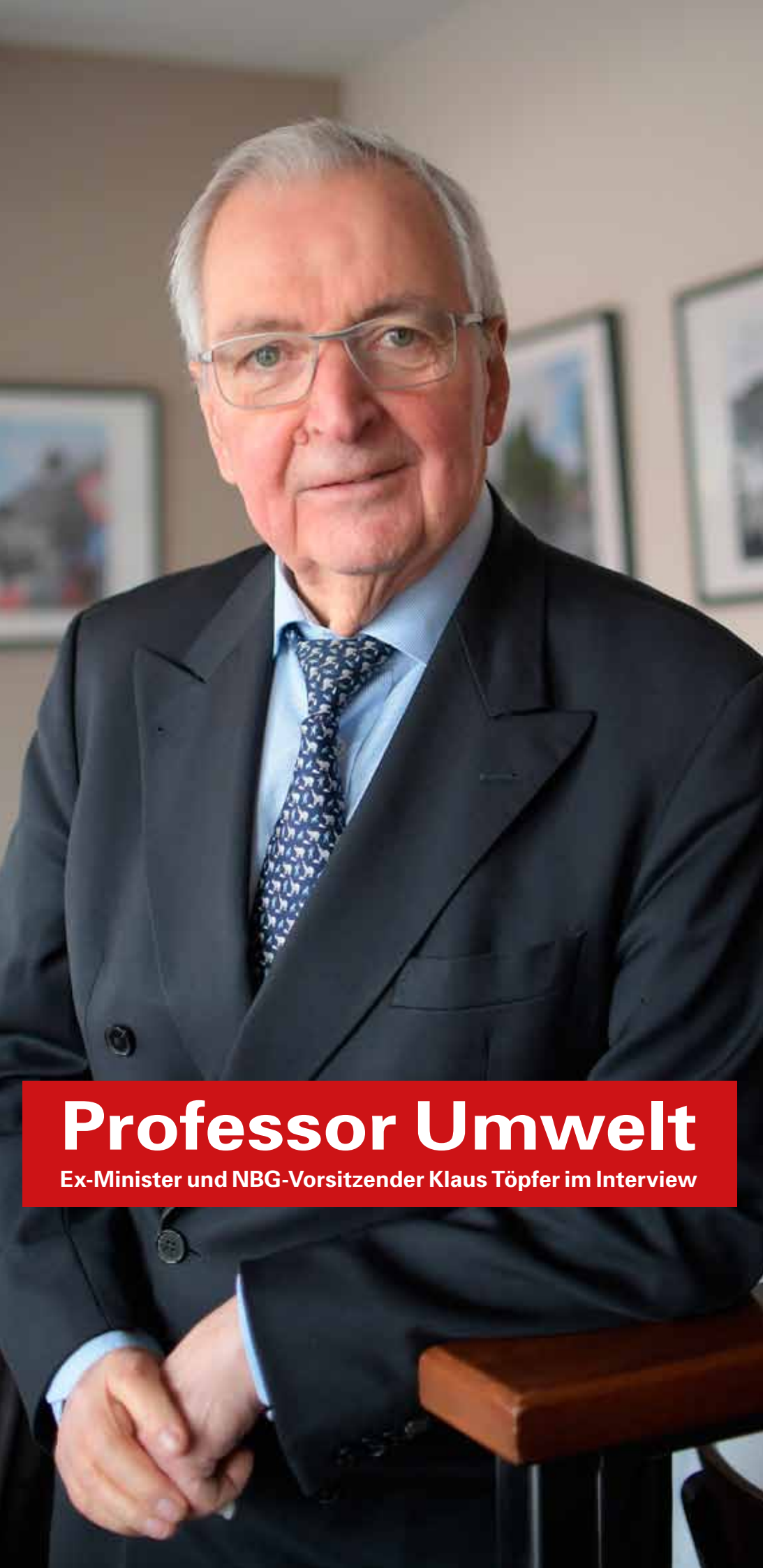
» Die Linie des NBG ist noch unklar

Abzuwarten bleibt nun, wie sich das Nationale Begleitgremium positioniert. Bislang hat es sich unerschrocken gezeigt und öffentliche Veranstaltungen organisiert, in denen überraschend viel Kritik an der Haltung des BfE und am StandAG geübt werden konnte. Im Sommer dieses Jahres wird das Gremium allerdings auf 18 Mitglieder erweitert, zwölf davon sind – wie auch die Vorsitzenden – von Bundestag und Bundesrat gewählt. Die dort vertretenen Parteien werden natürlich versuchen, ihre Kandidaten zu platzieren. Die Befürchtung, dass auch das Nationale Begleitgremium die politischen Machtverhältnisse spiegelt und in Zukunft mehr Wohlverhalten zeigt, ist also nicht unbegründet.

Sollte es dennoch gelingen, dem Nationalen Begleitgremium den Status einer weitgehend unabhängigen Instanz zu sichern, könnte es immerhin zu einem Ansprechpartner für die Öffentlichkeit werden.

Wenn nicht, wird die Akzeptanzbeschaffung für die Endlagersuche und ein Zwischenlagerkonzept schwierig bis unmöglich werden.





Professor Umwelt

Ex-Minister und NBG-Vorsitzender Klaus Töpfer im Interview

Partizipation Klaus Töpfer (79) leitet das Nationale Begleitgremium zur Endlagersuche. Der frühere Bundesumweltminister und Direktor des UN-Umweltprogramms ist ein ausgewiesener Fachmann für den globalen Umweltschutz. Was die Suche nach einem Endlager für Atom-müll anbelangt, geht er davon aus, dass die „heiße Phase“ bald beginnt. Eine Vorauswahl für den Standort wird bald getroffen. Das Begleitgremium soll für ein faires Suchverfahren eintreten. **Christoph Link** hat ein Interview mit Klaus Töpfer geführt, das am 10. Juli 2017 in den Stuttgarter Nachrichten erschien.

» Sie leiten das Nationale Begleitgremium bei der Endlagersuche. Es soll seine Stimme erheben – aber wie? Welche Rolle nimmt es ein, wie ist das Zusammenspiel mit den anderen Behörden?

Prof. Klaus Töpfer: Eine Vorbe-merkung: Für jede Endlagerfrage ist es eine zentrale Aussage, dass wir als Gemeinschaftswerk aus der Kernenergie ausgestiegen sind. Ich hatte damals gemeinsam mit Matthias Kleiner die Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung geleitet, weil der Beschluss zum Atomausstieg über alle Parteigrenzen hinweg im Parlament getragen worden ist – mit Ausnahme der Linken, die noch früher raus wollten als 2022. Auch die Frage, wie gehen wir an ein Endlager ran, ist im parteiübergreifenden Verfahren vorangebracht worden. Das Standortauswahlgesetz ist von CDU, CSU, SPD und Grünen beschlossen worden – auch hier hatten die Linken eine eigene Position. Es ist über alle Grenzen hinweg im Parteispektrum klar: Es wird keinen Export von hochradioaktiven Abfallstoffen geben dürfen. Wir müssen diese Probleme bei uns lösen. Die Wüste Gobi ist keine Lösung.

» Und wie begleiten Sie die nationale Suche nach einem Endlager?

Töpfer: Wir müssen nüchtern feststellen, dass im früheren Verfahren, ein Endlager zu bekommen,

massiv Vertrauen zerstört worden ist - Stichwort Gorleben – und die Atmosphäre daher sehr, sehr vergiftet ist. Es ist eine zentrale Voraussetzung, dieses Vertrauen wieder zu begründen. Dass muss gemacht werden über wissenschaftliche Untersuchungen und Fakten - was mit einem voluminösen Gutachten schon geschehen ist. Das sagt, wie müsste es denn gemacht werden. Diese Studie ist Grundlage des Endlagersuchgesetzes geworden. Sie beschäftigt sich stark mit der Frage, wie ist die Zivilgesellschaft und der Bürger einzubinden. Das Nationale Begleitgremium soll an dieser Aufgabe mitwirken – ich will nicht sagen, es soll darüber wachen, wenngleich im Gutachten einmal der Begriff Wächterrat zu finden ist. Wir stehen als Ombudsstelle dem Bürger zur Verfügung, wir sorgen für Transparenz und sind in jeder Hinsicht als neutrale, die Bürgerschaft einbindende Institution zu sehen. Wir stehen, wenn Sie so wollen, über dem Verfahren. Das Verfahren selbst wird von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) sowie dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BFE) gemacht, die Gesellschaft ist operativ tätig, das Amt ist die Aufsicht führende Behörde. Wir sind diesen als dritter Teil unabhängig zur Seite gestellt.

» Was sind Ihre Rechte und Mittel?

Töpfer: Wir können Akteneinsicht bei beiden Ämtern beantragen, ebenso bei den Geologischen Landesämtern und dem Bundesamt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Daten sind von zentraler Bedeutung in dem Prozess. Wir können Gutachten anfordern und Fragen an die Bundesregierung stellen. Wir haben die Möglichkeit, dem Bundestag „Rücksprünge“ im Verfahren vorzuschlagen, wenn es angemessen ist. Wir sind beauftragt, einen hauptamtlichen Partizipationsbeauftragten zu suchen, der zur Verfügung steht für die Analyse und begleitende Arbeit bei Streitfällen. Wir haben neun Mitglieder im Gremium, davon sind sechs so genannte respektierte oder angesehene Mitglieder der

Gesellschaft, und drei der Mitglieder sind in einem Zufallsverfahren ausgewählt worden. Nächstes Jahr werden wir das Gremium auf 18 verdoppeln, dann werden wir sechs über das Zufallsprinzip ausgewählte Bürger im Gremium haben, die nicht als Experten hineinkamen. Das belegt nochmal stark, dass wir nicht abhängig sind von parteipolitischen Vorgaben. Es ist ein Gremium eigener Qualität.

» Wie war der Auftakt Ihrer Arbeit?

Töpfer: Der Gesetzgebungsprozess lief, als wir eingerichtet wurden. Wir haben verfolgt, ob es übereinstimmt, was im Gutachten steht und was im Gesetz. Wir haben zwei Gutachten in dieser Sache erstellen lassen und eine öffentliche Anhörung in Berlin gemacht – mit wirklich vollem Haus. Wir haben darüber diskutiert, wo noch Lücken sind und sie dem Parlament vorgetragen.

» Salz, Ton, Granit als Gestein fürs Endlager – alles ist offen. Wo erwarten Sie die meisten Widerstände im Land?

Töpfer: Wir bemühen uns, eine unabhängige und nicht bewertende oder vor-bewertende Position zu haben. Ich treffe keine Vorauswahl oder gebe einen wie auch immer gearteten als Festlegung zu verstehenden Hinweis. Im Prozess beginnt die Bundesgesellschaft für Endlagerung jetzt intensiv Daten der Geologischen Landesämter und des Bundesamtes für Geowissenschaften und Rohstoffe einzuholen. Es wird eine Vorauswahl getroffen und darüber wird bald diskutiert werden. Es gibt Ausschlusskriterien, wo man das Endlager auf keinen Fall machen kann. Es verengt den Kreis möglicher Standorte und wird sehr konkret.

» Glauben Sie, der Zeitplan ist zu halten – ein Standort ist gefunden bis 2031?

Töpfer: Ich bin jetzt 79 Jahre alt. Ich könnte sagen, ja das wird gehalten. Im Zweifel erlebe ich das noch, aber es wird mich hinterher keiner zur Rechenschaft ziehen,



“ Ich treffe keine Vorauswahl oder gebe einen als Festlegung zu verstehenden Hinweis

wenn es nicht stimmt. Wir müssen die Fakten sehen: Die endzulagernden Stoffe sind jetzt in Zwischenlagern, da ergibt sich die Notwendigkeit, zu einem zügigen Prozess zu kommen. Aber ich sage mit aller Deutlichkeit: Wir werden mit dafür sorgen, dass nicht der Zeitdruck das Misstrauen wieder steigen lässt. Ausschlaggebend ist nicht die Zeit, sondern die vertrauensbildende Entwicklung für eine solche Entscheidung. Wir können nur das bestmögliche Endlager suchen. Die Rückholbarkeit und Bergbarkeit sind bei der Lagerung sicherzustellen, damit das Lager bei einer neuen Technologieentwicklung zugänglich ist.

» Irgendwann wird eine Region gefunden sein. Man kann erwarten, dass es Widerstand geben wird. Man wird es wohl durchsetzen auch gegen lokale Interessen. Sollte man dem Standort Anreize geben?

Töpfer: Das ist eine heiße Frage, da sie in der Nachbarschaft steht zu der Überlegung: Aha, die geben uns Geld, damit wir die Risiken ertragen. Es steht aber außer Frage, dass eine solche Standortentscheidung eingebunden sein muss in eine regionale Entwicklungsperspektive. Das halte ich für unumgänglich, das würde man in anderen Bereichen genauso tun. Aber diese Besorgnis, da entstehe ein Problem des Herauskaufens, die muss man ernst nehmen und aufgreifen. Andere Länder gehen lockerer damit um. In Schweden gab es Ausschreibungen für einen Standort – mehrere Gemeinden haben sich beworben.



Die Mauer muss weg ...

...aber ein Teil soll als Mahnmal stehen bleiben

Gorleben Schon ab Frühjahr dieses Jahres soll die gut zwei Kilometer lange Betonmauer mit Stachdrahtbewehrung rund um das so genannte Erkundungsbergwerk abgebaut werden. Bleiben wird eine industrieübliche Einzäunung eines erheblich kleineren Teils des Geländes. Damit reagiert die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) auf die politisch beschlossene Pause der so genannten Erkundung. Atomkraftgegner/-innen im Wendland begrüßen das – und fordern, dass ein Teil der Mauer als Mahnmal stehen bleibt. **Wolfgang Ehmke** blickt zurück – und voraus.

23. Juni im Jahr 1990: Unter dem Motto „Irgendwann fällt jede Mauer“ begannen etwa 70 Atomkraftgegner/-innen mit Hammer und Meißel mit dem Abriss der Mauer rund um das so genannte Erkundungsbergwerk. Ein Maschendrahtzaun musste überwunden werden, das war nicht schwer, und dann ging es los. Ausgerechnet mit Hammer und Meißel. Der Fall der Berliner Mauer stand natürlich Pate. Mit dem Slogan „Die Mauer muss weg“ wurde das ideologisch festgefügte Weltbild jener Zeit ironisch auf den Kopf gestellt, denn die Berliner Mauer war für die eine Seite der „antifaschistische Schutzwall“, für die andere Seite eine Schandmauer. „Die Mauer muss weg“ war der Schlachtruf der Geschichtsreaktionäre.

Listige Allusion, negative Dialektik, schalkhaftes Handeln – egal, die Mauer muss weg! Und das

“ **Der Rückbau in Gorleben soll noch in diesem Jahr abgeschlossen sein**

sollte auch in Gorleben gelingen. Doch so einfach ging das nicht. Einige Gesteinsbrocken platzten unter dem Gehämmer zwar ab, und jeder wurde sorgsam als Trophäe in die Tasche gesteckt. Life dabei war Radio FFN. In den Nachrichten brachte der Reporter vor Ort seinen Bericht über den Abriss der Mauer, untermalt mit Ö-Tönen. Es wurde emsig gehämmert und gemeißelt, allerdings immer mit dem Blick auf die Uhr. Die Frage war, wie lange die Gorleben-Polizei aus ihrer Kaserne in Lüchow bis zum Gelände brauchen würde, wann müsste man verduften? Vielleicht blieb eine halbe Stunde oder nur eine Viertelstunde, nachdem alles in den Nachrichten übertragen wurde? Bis zum Eintreffen der Polizei saßen schließlich alle Aktivist/-innen längst in den „Bauernstuben“ in Trebel, aßen Eis und tranken Kaffee und sahen lachend zu,

wie die Blaulichtkolonne in Richtung Atomanlagen an ihnen vorbei raste.

Ein Blick zurück: 1983 hatte die Physikalisch-Technische Bundesanstalt ihren Bericht vorgelegt. Das Tiefbohrprogramm war abgeschlossen und wurde ausgewertet. Über 7,5 Quadratkilometer lag über dem Salzstock keine Wasser abweisende Tonschicht und die Empfehlung der Behörde lautete: Untersucht auch andere Salzstöcke. Salz als Endlagergestein stand damals nicht zur Disposition. Gorleben sehr wohl. Aber die Behörde wurde zurückgepiffen und musste ihren Abschlussbericht umschreiben. Auf einmal wurde Gorleben „eignungshöflich“. Danach ging es Schlag auf Schlag. Am 13. Juli 1983 stimmte das Bundeskabinett unter Helmut Kohl der untertägigen „Erkundung“ zu. Ohne weiteren Standortvergleich. Und im

März 1986 begann das Abteufen des ersten Schachts. Das Gelände war inzwischen umrahmt von einer Betonmauer und Stacheldraht, irgendwann wurden gar noch Wasserwerfer auf die Eckpfeiler montiert, und manch einer verglich die Festungsmauer sehr wohl mit der Berliner Mauer. Andere sprachen vom Atomstaat, hinter der Mauer hörte die Freiheit auf.

Versuche, diese Festung zu nehmen, gab es immer wieder. Mal mit einer Leiteraktion im Anschluss an einen „Neujahrsempfang“ der Bürgerinitiative. Einer rief nach dem „Leiter“ der Veranstaltung, eine andere korrigierte laut „die“ Leiter, als Startschuss für die Aktion. Extra vorgefertigte Leitern wurden herangetragen, an die Mauer gestellt, mit alten Teppichen wurde der Natodraht heruntergedrückt und man überwand bequem den Wall. Ein andermal war es eine gezielte Aktion, eine Besetzung der Schachtanlage kam in Mode. Und es gab Blockaden, Hochzeiten vor dem Tor und Konzerte oder Karneval. Mal weigerten sich Besucher/-innen unter Tage, das Bergwerk zu verlassen, mal gab es Kunst unter Tage oder wütende Proteste wie im März 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima.

Stärker noch als der Wall um die Castorhalle verkörperte die Mauer rund um das Gelände des „Endlagerbergwerks“ sinnbildlich den bewehrten Atomstaat. Einen Staat, der nur als Waffen starrende Trutzborg Projekte gegen Bürger/-innen durchsetzen kann.

Jetzt also soll die Mauer weg. Bleiben werden die Schachtanlagen, ein „industriüblicher“ Zaun soll Nichtbefugte vor dem Betreten abhalten. Bleiben werden auch 18 Bergleute, die nach dem Rechten sehen, denn Untertage bleibt die Infrastruktur mit der Bewetterung des Bergwerks erhalten. Kurz gesagt: oben hui – unten pfui! So bleibt Gorleben als mögliches Endlager im Spiel.

Die Sonntagsspaziergänger/-innen müssen sich also umstellen, denn seit Oktober 2009 machen sich, ohne dass es einmal ausgefallen wäre, Atomkraftgegner/-innen auf den 2700 Meter langen Weg rund um den Schwarzbau. Und die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) möchte, dass eine Ecke erhalten bleibt. Als Denkmal, als Mahnmal für eine verkorkste Atommüllpolitik. Aber auch als Meilenstein für einen erfolgreichen Kampf David gegen Goliath. Eine entsprechende Anfrage der BI ist beim Vorstand der Bundesgesellschaft für Endlagerung bereits auf vorsichtiges Interesse gestoßen.

„Rettet einen Teil der Mauer“ lautet also der aktuelle Slogan, wenn die Mauer fällt. Als Erinnerungsstück und als Warnung, dass Gorleben als mögliches Endlager überhaupt nicht aufgegeben wurde. Doch auch, weil man etwas stolz sein darf. Denn wer 1977, als alles anging, gewagt hätte zu prognostizieren, dass dieses Projekt noch zu verhindern sei, wäre sicher belächelt worden. Nun denn: Unser Lachen wird sie besiegen!



Aktivist/-innen im Wendland fordern, dass ein Teilstück der Mauer um das so genannte Erkundungsbergwerk als Mahnmal stehen bleibt.

Mahnmal Mauerstück So könnt's gehen

Der Gedanke für ein Mahnmal aus Mauerstücken stammt ursprünglich von BI-Mitglied Falko Berke-meier. Für die Gorleben Rundschau erläutert er seine Idee:

Was, wenn die Mauerstücke zu Mahnmalen werden? Wo sollen sie stehen? In vielen Dörfern und Städten gibt es Orte, die an Gefallene der Kriege oder Ähnliches erinnern. Dort werden Kränze niedergelegt und im besten Falle kritisch der Geschichte gedacht. Wenn an solchen Stätten im Wendland auch Mauerstücke aufgestellt würden, die an die Kämpfe der Anti-Atom-Bewegung erinnerten, gäbe es sicher heftige Diskussionen. Aber vielleicht führte es auch zu einem neuen Umgang mit den Gräben innerhalb der Gesellschaft. Es wäre eine Utopie. Das reduzierte Modell der Mauerverpflanzung sieht vor, in der Nähe der Atomanlagen ein stehendes und ein gestürztes Mauersegment aufzustellen. So könnte man „auf den Trümmern tanzen“, denn es wird ein Lächeln sein, dass sie besiegt.

Wegen der zu erwartenden Auflagen und des Zeitdruckes käme schließlich noch eine schlichtere dritte Variante infrage: Eine oder mehrere Ecken der Bergwerksmauer blieben dabei weitestgehend im Originalzustand an Ort und Stelle und vermittelten so den Besuchern eine Vorstellung davon, wie groß das Gelände war und wie sich die Atomwirtschaft die unliebsamen Bürger vom Hals halten wollte.

Ich habe gesehen, wie Gras und Bäume über das Hüttendorf 1004 gewachsen sind, habe gesehen, wie Industrie zur Grünen Wiese gemacht wurde und auch, wie für Braunkohlefelder ganze Wälder, Dörfer und gerade eine Kirche nicht nur von der Landkarte, sondern mitsamt der Landschaft getilgt wurden. Wir haben mehr als 40 Jahre mit Erfolg Widerstand geleistet, und es ist noch nicht die Zeit, zu vergessen. Dafür braucht es Menschen, die Geschichte erzählen und Orte, an denen sie anschaulich wird.



Die Subjek



tivität des Objektivs

Ein polnischer Fotograf dokumentiert den Umgang mit den Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima

Tschernobyl, Fukushima Dörfer und Kleinstädte sind das Revier, in denen Akadiusz Podniesinski seine Motive entdeckt. Und menschenleeres Land. Verstrahltes Land. Der polnische Fotograf hat schon mehrfach beide Orte der größten Unfälle der Menschheitsgeschichte besucht: Tschernobyl und Fukushima. **Andreas Conradt** hat mit ihm gesprochen.

» Wann und wie lange haben Sie die Unglücksreaktoren in Tschernobyl und Fukushima besucht?

Akadiusz Podniesinski: Tschernobyl habe ich zum ersten Mal vor zehn Jahren besucht, nachdem ich endlich die erforderliche Genehmigung für die Sperrzone erhalten hatte. Und ich wusste vom ersten Moment, dass dies nicht mein letzter Trip dorthin sein würde. Mich hat nicht nur die Geschichte dieses Fleckens interessiert, sondern auch der Fortgang der Arbeiten, mit denen die Folgen des Unglücks behoben werden sollen. Und natürlich das Leben der alten, kranken Leute, die – aller Verbote zum Trotz – in die Sperrzone zurückgekommen sind und dort unter zum Teil schwierigsten Bedingungen leben. Seitdem habe ich Tschernobyl mehrmals im Jahr besucht – und hatte natürlich keine Ahnung, dass sich, während ich noch in der Ukraine fotografierte, in Japan ein ähnliches Desaster ereignen würde. Als es dann geschah, zwang es mich geradezu, an beiden Orten parallel zu arbeiten. Seitdem habe ich Fukushima ein paar Dutzend Male besucht. Häufig mit Direktflügen aus der Ukraine nach Japan.

» Die zwei Super-GAUs in Tschernobyl und Fukushima sind die beherrschenden Themen Ihres Lebens. Gab es den Schlüsselmoment, der Ihr Interesse geweckt hat?

AP: Mein Interesse am Phänomen Tschernobyl begann in meinen Ju-

gendtagen, in der Zeit, als die radioaktive Wolke Polen überquerte. Ich erinnere mich an die große Unruhe im Land und an den Geschmack von Ludols Jodlösung. Erst später begriff ich, dass wir das Zeug nehmen mussten, um eine Anreicherung von radioaktivem Jod in unseren Körpern zu verhindern. Ich glaube, die Unruhe und das Jod haben mein Interesse an Tschernobyl geweckt, und mein erster Besuch dort hat es erst recht vergrößert.

» Gibt es einen Schwerpunkt in Ihrer Arbeit?

AP: Weil die Führung der UdSSR sofort nach dem Unglück eine Nachrichtensperre verhängt und Falschmeldungen in Umlauf gebracht hat, sind Ausmaß und Folgen der Katastrophe unter Wissenschaftlern bis heute umstritten. Auch viele Wissenschaftler und Offizielle, die sich aktuell zu Tschernobyl äußern, sind noch nie dort gewesen. Hinzu kommt, dass fast alle wissenschaftlichen Arbeiten von Organisationen finanziert und in Auftrag gegeben wurden, die der Kernkraft nahe stehen. So ist es bis heute schwierig, zu korrekten Einschätzungen zu kommen. Diese Unschärfe scheint mir so ungeheuerlich zu sein, dass ich, statt einen Schwerpunkt zu setzen, meine Kraft dafür aufwende, den jeweils aktuellen Zustand der Sperrzone und seiner Einwohner als Ganzes zu dokumentieren und der internationalen Gemeinschaft die tragischen

Resultate eines Atomunfalls nahezubringen.

» Welche Unterschiede gibt es im Umgang mit den AKW-Havarien in Japan und in der Ukraine?

AP: Es wäre einfacher, über die Parallelen zu sprechen, denn davon gibt es überraschend viele. Anders als uns Politiker, Lobbyisten und Wissenschaftler glauben machen wollen, ähneln sich beide GAUs frappierend. Selbst wenn wir in Betracht ziehen, dass beide Unfälle durch unterschiedliche Faktoren ausgelöst wurden – obwohl beide auf menschliches Versagen zurückzuführen sind –, bleiben die Folgen doch praktisch identisch: die radioaktive Verseuchung tausender Hektar Land, verlassene Städte und Dörfer, die Evakuierung und das persönliche Leid hunderttausender Einwohner. Und neuerdings erst Fälle von Schilddrüsenkrebs. Unterschiede gibt es aber in der Art, wie die Regierungen und Verwaltungen der beiden Länder mit den Havarien umgehen: Japan hat nie in Erwägung gezogen, die Region Fukushima aufzugeben, wie es die Sowjetunion mit Tschernobyl getan hat. Ohne auf die Kosten zu achten, werden die betroffenen Gebiete in Japan dekontaminiert und anschließend an die Einwohner zurückgegeben. Eine völlig andere Frage ist natürlich, ob ehemalige Bewohner überhaupt zurück wollen. Sie haben nach wie vor Angst vor der Strahlung und dem nahen Kraftwerk

“ Die Parallelen zwischen Tschernobyl und Fukushima sind frappierend



und müssen mit einer allenfalls provisorisch wieder aufgebauten Infrastruktur zurechtkommen. Die Statistiken sind auch nicht gerade ermunternd: Rund zehn Prozent der ehemaligen Bevölkerung ist schon zurückgekommen, ein paar weitere sind noch unentschlossen, aber mehr als die Hälfte zieht eine Rückkehr nicht einmal in Erwägung. Dabei ist völlig offen, wohin die Entwicklung geht: Das Alter der Leute, deren Gewöhnung an eine neue Umgebung und der schlechter werdende Zustand ihrer Häuser in der Region Fukushima machen es zunehmend schwieriger, sie vom Rückzug zu überzeugen.

» Sie hatten die Möglichkeit, mit Opfern beider GAUs zu sprechen. Wie ist deren Situation heute?

AP: Der Unfall in der Ukraine ist lange her, und selbst für einen GAU gilt das alte Wort: „Zeit heilt alle Wunden“. Die Menschen haben sich mit der Situation ausgesöhnt; sie haben das Unglück vergessen oder sind gestorben. Ganz anders die Japaner: Ihre Kultur gebietet ihnen, die Schuld bei sich selbst zu suchen. Viele berichten, sie hätten kein Recht, sich zu beschweren, weil sie auch nicht gegen den Bau des Kraftwerks protestiert haben. Und natürlich ist vielen bewusst, dass der Bau des AKW der Region wirtschaftlichen Aufschwung beschert hat: Viele Einwohner haben dort oder in einem Zulieferbetrieb gearbeitet. Die japanische Mentalität und das Bewusstsein um die positi-

ven Seiten des Kraftwerks erklären das Schweigen selbst der am schlimmsten Betroffenen. Auch die weltweiten Medien haben das Interesse an den beiden Katastrophen verloren und berichten nur noch zu den Jahrestagen. Darum ist es wichtig, die Öffentlichkeit immer wieder an die Tragödien zu erinnern – und an das Leid der hunderttausend Menschen.

» Vielen ist unbekannt, dass es auch in Weißrussland eine Sperrzone als Folge des Reaktorunglücks in Tschernobyl gibt. Wie ist die Situation der Menschen dort?

AP: Das stimmt. Bis zu 70 Prozent des radioaktiven Niederschlags gingen im Nachbarland der Ukraine nieder. Trotzdem läuft in Weißrussland manches besser als in der Ukraine, weil das Land nicht auch noch unter einer wirtschaftlichen oder politischen Krise zu leiden hat und nicht im Krieg liegt mit pro-russischen Separatisten. Als ich das letzte Mal in Weißrussland war, konnte ich eine große und bestens ausgestattete Klinik für Opfer aus den kontaminierten Regionen besuchen. Ukrainer wären neidisch!

» Sie haben viele Fotos, Reportagen und Video-Dokumentationen über die beiden Unfälle angefertigt. Wo wurde das Material verwendet?

AP: Neben meinen eigenen Büchern, Filmen und Ausstellungen, wurden meine Arbeiten schon in

zahlreichen Publikationen, Fernsehreportagen und Dokumentarfilmen verwendet. Auch Umweltorganisationen nutzen mein Material. Nur dank dieser Einnahmen kann ich die Entwicklungen in Tschernobyl und Fukushima weiter verfolgen und immer wieder an beide Orte reisen. Viele meiner Foto-Essays finden sich auch auf meiner Website.

» Wieviel „Reporter“ steckt in Ihnen – und wieviel „Anti-Atom-Aktivist“?

AP: Zuallererst bin ich Fotograf! Ich nutze Bilder, um eine Geschichte zu erzählen, die emotionaler ist als Statistiken und trockene Zahlen über die Anzahl radioaktiver Isotope, Opfer und Krankheiten. Ich bin nicht Teil irgendeiner Atom-Organisation – weder pro noch contra – und ich versuche, möglichst neutral zu berichten. Aber die Bilder sprechen natürlich für sich: Sie zeigen die Auswirkungen menschlicher Fehler oder Gedankenlosigkeit im Umfeld der Atomkraft. Betrachter sollten selbst entscheiden, ob es einen verantwortlichen Umgang mit der Kernenergie geben kann oder nicht. Ich überlasse es ihnen, sich fürs Pro oder Contra zu entscheiden.

» Sie haben gerade ein neues Buch veröffentlicht. Was erwartet Leser/-innen in „HALF-LIFE: From Chernobyl to Fukushima“?

AP: Während meiner ersten Reisen nach Tschernobyl habe ich nie

“ Aus unterschiedlichen Gründen im Geiste vereint: Ukrainer und Japaner leben mit dem GAU



daran gedacht, dass ein ähnlicher Unfall noch einmal geschehen könnte. Bis dahin war ich nur mit dem Dokumentieren der Auswirkungen in der Ukraine beschäftigt und habe den Aussagen der Politiker und Wissenschaftler vertraut, dass eine Wiederholung unmöglich ist. Als Fukushima explodierte, wurde mir bewusst, dass ein solcher GAU immer und überall passieren kann. Das gab mir den Impuls für das jetzt erschienene Buch, das die Auswirkungen an beiden Orten zeigt, vor allem aber die verblüffenden Parallelen. Das Buch enthält über 100 große Fotos und erzählt die Geschichte der Unfälle, der Orte und der Evakuierten.

» Das Buch enthält auch zwei Essays vom ehemaligen Sowjet-Präsidenten Mikhail Gorbatschow und dem früheren japanischen Premierminister Naoto Kan. Worum geht es den beiden?

AP: Beide Politiker waren zur Zeit der Atomunfälle die Staatspräsidenten ihres jeweiligen Landes und hatten deshalb den umfassendsten Überblick über die jeweilige Lage. Sie beeinflussten die Bewältigung der Katastrophen maßgeblich und in ganz frühem Stadium. Naoto Kan beschreibt zum Beispiel Pläne, 50 Millionen Menschen in einem Radius von 250 Kilometer um Fukushima zu evakuieren – inklusive der Metropole Tokio. Die Auslöschung Japans als Staat wäre die Folge gewesen. Nur ein paar glückliche Umstände und das auf-

opferungsvolle Handeln einiger Weniger konnte dieses Szenario verhindern. Die wichtigste Aussage beider Essays ist aber die totale Kehrtwende beider Politiker von Befürwortern der Atomkraft hin zu den schärfsten Gegnern. Beide haben eine völlig neue Haltung zur Nukleartechnik eingenommen, konträr zur der bis zum jeweiligen Unglück vertretenen. Es gab wohl niemanden sonst, der so dicht an den Geschehnissen war und so umfassendes Wissen über die Situationen hatte, wie diese beiden Herren. Es gibt keinen berufeneren Mund, die Welt von der Notwendigkeit des Atomausstiegs zu überzeugen.

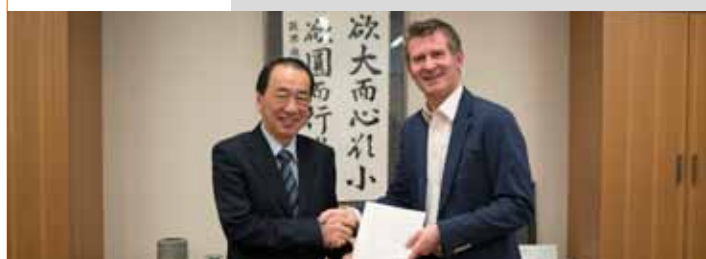
» Ihr Heimatland Polen möchte in die Atomkraft einsteigen, Deutschland hat den Weg des Atomausstiegs begonnen. Welcher Weg ist realistisch?

AP: Das Unglück in Fukushima hat viele Regierungen und Völker bewegt, die Nutzung der Atomkraft zu überdenken und mehr Arbeit in die Entwicklung alternativer Energien zu investieren. Der technische Fortschritt und die höheren Stückzahlen sowie die geringeren Kosten für Produktion und Speicherung von grüner Energie setzen die Atomkraft auch kostenmäßig massiv unter Druck. Dieser Prozess ist noch relativ jung und trotzdem schon so weit voran geschritten, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis die Kernkraft keine Zukunft mehr hat. Die kritische Masse ist bereits überschritten.



Das Buch *HALF LIVE: From Chernobyl to Fukushima* hat Akadiusz Podniesinski im Eigenverlag herausgegeben.

Es beinhaltet über einhundert Schwarz-Weiß- und Farbfotos auf mehr als 200 Seiten. Texte und Bildunterschriften sind in polnisch, englisch und japanisch verfasst.



Als Gastautoren haben der ehemalige Sowjet-Präsident Mikhail Gorbatschow und Japans früherer Premierminister Naoto Kan (Bild, links) Beiträge geliefert.

Das Buch kann für 40 Euro auf Podniesinskis Website bestellt werden: www.podniesinski.pl



Wissenschaft Die Anti-Atom-Bewegung hat viele ihrer Forderungen durchgesetzt. Der Atomausstieg ist beschlossen. Mit der Verabschiedung des Standortsuchgesetzes (StandAG) wurde die Endlagersuche neu eröffnet. Auch ein Nationales Begleitgremium hat sich konstituiert, das den Suchprozess kritisch begleiten soll. Doch von einer Befriedung des Atomkonflikts kann keine Rede sein. Bürgerinitiativen und die meisten Umweltverbände beteiligen sich nicht an dem Verfahren. Sie lehnen das StandAG, das ja von den politischen Parteien quasi im Hinterzimmer ausgehandelt wurde, geschlossen ab. In der jahrzehntelangen Auseinandersetzung um die Atomenergie und die Suche nach einem Endlager – Beispiel Gorleben oder Asse – hat der Staat bei der Bevölkerung jegliches Vertrauen verspielt. Die Atomkraftgegner wollen nicht in die Alibi-Falle tappen. Sie wollen sich nicht vereinnahmen lassen in einem Auswahlprozess, auf dessen Ergebnis sie keine realen Einflussmöglichkeiten haben. Zuerst müssten die Fehler der vergangenen vierzig Jahre klar benannt und historisch aufgearbeitet werden. Das sei die Vorbedingung für einen glaubwürdigen Neuanfang. **Gabi Haas** berichtet

“ Die
Sicherung des
historischen
Materials zu
Gorleben,
Konrad oder
der Asse ist von
fundamentaler
Bedeutung

Wie könnte eine solche Aufarbeitung der Vergangenheit genau aussehen? Wer arbeitet was mit welchen Methoden auf? Und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für eine „demokratische Atompolitik“? Diese Fragen wurden im November letzten Jahres auf einer Tagung des Forschungszentrums für Umweltpolitik (FFU) der Freien Universität Berlin diskutiert.

Die Teilnehmer waren vor allem Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, die sich schon lange mit der Entsorgungsproblematik befassen, sowie Akteure der Anti-Atom-Bewegung, überwiegend aus dem Gorleben-Widerstand. Der Bewegungsforscher Dieter Rucht war dabei, der Politikwissenschaftler Lutz Mez, der Endlagerexperte Peter Hocke vom Karlsruher Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) und andere bekannte Vertreter ihrer Zunft. Auch einige Politiker wie der SPD-Umweltexperte Michael Müller oder Sylvia Kotting-Uhl, die atompolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, ließen sich vorübergehend blicken. Gemeinsam wollte man – wie es in der Einladung hieß – über „die Themenfelder und Formen der inhaltlichen Auseinandersetzung“ diskutieren, die zu einer „Vergangenheitsbewältigung“ beitragen könnten.

Vergangenheitsbewältigung. Dass Umweltbewegung und Wissenschaft unter diesem Begriff nicht unbedingt dasselbe verstehen, wurde in der Debatte schnell klar. „Unrecht benennen, Unrecht beenden und dann die Fehler gemeinsam analysieren“, so fasste eine Teilnehmerin aus dem Wendland zusammen, was die Atomgegner und Standortinitiativen ja schon lange vertreten.

Sie fordern: Um das Misstrauen in der Bevölkerung abzubauen, wäre ein starkes Signal notwendig – zum Beispiel Gorleben als Standort auszuschließen, zumindest aber sich zu den vielen Lügen, Trickereien und Rechtsbrüchen auf dem Feld der Atomenergie öffentlich zu bekennen. Die Rechtsanwältin Ulrike Donat erklärte: „Die tiefen Gräben haben eine Geschichte, die wissenschaftlich beleuchtet werden muss, um diese Gräben zu überwinden.“ Der Lüchow-Dannenberg-Pastor Eckhard Kruse stellte fest: „Eine gemeinsame Aufarbeitung ist nur möglich, wenn es einen echten Neuanfang gibt.“ Und ein Mitstreiter verwies in der Arbeitsgruppe Wissenschaft auf einen weiteren Aspekt: „Solange sich nicht auch die wissenschaftliche Community von den Fehlern der Vergangenheit distanziert, ist es schwierig, Glaubwürdigkeit wiederherzustellen.“ Eine Äußerung, auf die die Forscher



„Von der Bombe zum Behördenhandeln“

Netzwerk Nukleares Gedächtnis (NeNuG) will Vergangenheit aufarbeiten

in der Runde mit Skepsis und Zurückhaltung reagierten. Etwa die Atomexpertin Beate Kallenbach-Herbert vom Darmstädter Öko-Institut, die sagte: „Ich kann mir nicht vorstellen, wie so eine Distanzierung aussehen soll. Und ich glaube auch nicht, dass uns das weiterbringt.“ Matthias Koller vom Umweltbundesamt pflichtete ihr bei: „Man sollte lieber in die Zukunft schauen, beispielsweise moderne Modelle von Peer Reviews entwickeln, um in der wissenschaftlichen Arbeit die Qualitätssicherung zu verbessern.“

Das Projekt „Aufarbeitung der Vergangenheit“ steht im Konflikt der unterschiedlichen Interessen und Perspektiven, die sich gegenseitig aber nicht ausschließen, sondern sogar befruchten können. Auf der einen Seite sind da die Initiativen aus den betroffenen Standortregionen, für die es mit Blick auf die Endlagersuche vor allem um die Vertrauensfrage und die Wiederherstellung von Glaubwürdigkeit geht. Voraussetzung dafür ist aber, dass man das über Jahrzehnte währende Versagen der staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen schonungslos offenlegt. Dagegen geht es den beteiligten Naturwissenschaftlern, Historikern oder Politikern vorrangig um die Frage nach dem Zustand der eigenen Profession – dem Selbst-

verständnis der Wissenschaft im Spannungsfeld zwischen sozialen Bewegungen und ihren Auftraggebern aus Wirtschaft und Politik. Wie steht es um ihre Fähigkeit zur Selbstreflexion? Welche systematischen Fehler in der Vergangenheit müssen aufgedeckt werden, um sie in Zukunft zu vermeiden?

Vor allem um diese Fragen kreiste immer wieder die Diskussion: Was braucht der wissenschaftliche Nachwuchs, um die kommenden Probleme mit dem Atom Müll zu bewältigen? Welche Form der Aufklärung hilft den Betroffenen und Entscheidungsträgern von morgen? Wie organisiert man den Wissenstransfer an die nachfolgenden Generationen? Wie vermittelt man jenes „Orientierungswissen“, das das nötige Grundverständnis für die heutige Organisationslandschaft möglich macht?

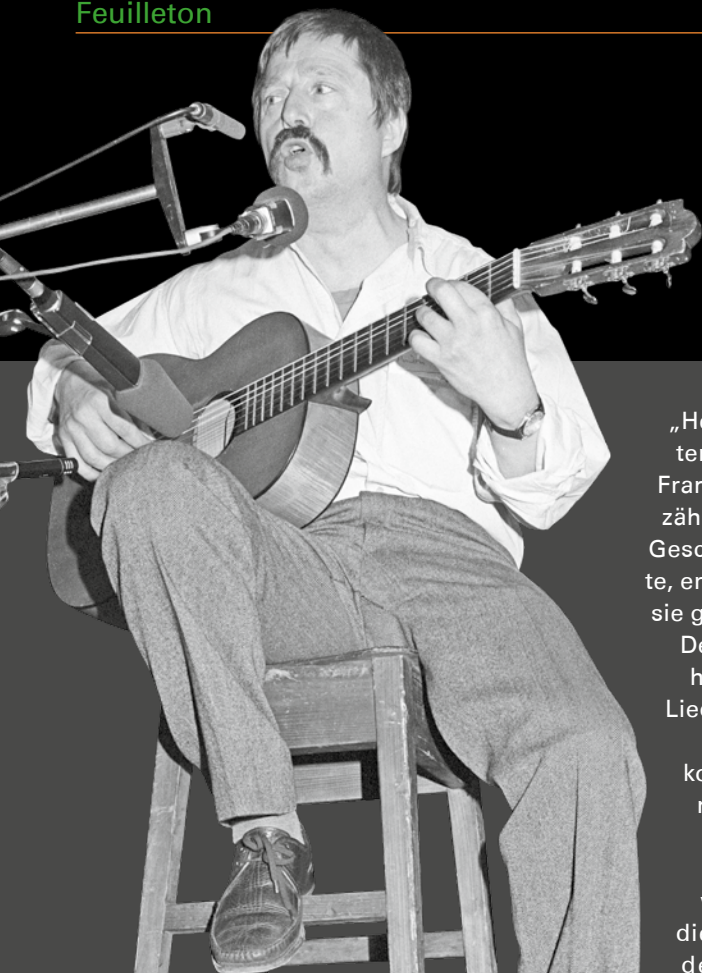
Auch konkrete Politikfelder wurden genannt, die es gilt historisch aufzuarbeiten und die eine breite Themenpalette umfassen. „Von der Bombe bis zum Behördenhandeln“, wie eine Teilnehmerin flapsig bemerkte. Nach zwei Tagen intensiver Debatten hatte man sich soweit angenähert, dass eine gemeinsame offene Plattform gegründet wurde, um den Prozess der „Aufarbeitung der Vergangenheit“ im Atomkonflikt zumindest auf wissenschaftlicher Ebene stärker vor-

Lügen und Trickserien von Politikern und Behörden hat es an Atomstandorten immer wieder gegeben. Die Folge: Vertrauensverlust in der Bevölkerung und große Demonstrationen – wie hier im August 1983 nahe Draguhn im Wendland.

anzutreiben. Das „Netzwerk Nukleares Gedächtnis“ (NeNuG) hat sich bereits einiges vorgenommen: die Erarbeitung eines systematisierten Zeitstrahls des gescheiterten Prozesses, das Ausloten von Finanzierungsmöglichkeiten für neue Forschungsprojekte und vor allem die Sicherung und Qualifizierung der Bewegungsarchive. Denn in diesem Punkt waren sich alle einig: Nicht nur im Gorleben Archiv, sondern auch zu Schacht Konrad oder der Asse gibt es massenhaft Material. Und für das Projekt Vergangenheitsbewältigung ist es von fundamentaler Bedeutung, dass diese Bestände gesichert werden.



Gabi Haas ist freie Journalistin, Filmemacherin und Regisseurin. Ihre Schwerpunkte sind Energie- und Umweltpolitik sowie Medizin und medizinethische Themen.



Gorlebener Erinnerungen und Täuschungen „Erzähl doch mal...“

von Axel Kahrs

„He, Väterchen Franz, erzähle die Geschichte, erzähle sie ganz.“ Degenhardts Lied von 1966 kommt mir in den Sinn, wenn die Rede ist von Ereignis-

sen, die nun schon über eine Generation zurückliegen, aber immer noch virulent sind, wieder und wieder erzählt werden, subjektiv, emotional aufgeladen, Bausteine einer eigenen Biografie.

Der zeitliche Abstand schafft dabei ein mildes Licht, Anekdotisches oder Abenteuerliches malt sich aus, anderes wird verklärt oder gewinnt klarere Kanten, als damals vorhanden. So auch bei Wolf Biermanns Besuch im Hütendorf auf der Bohrstelle 1004, der „Freien Republik Wendland“ im Sommer 1980. Ihre Geschichte und ihr bitteres Ende beim damals größten Polizeieinsatz der BRD werden lebendig, wenn man die Live-Mitschnitte vom „Radio Freies Wendland“ hört. Mir läuft dabei jedesmal ein Schauer über den Rücken. Zu dicht ist die Erinnerung: Hubschrauber flappen in der Luft, Hütten-Holz splittert, Lautsprecherdurchsagen der Polizei schnarren, Rebecca Harms beruhigt mit zitternder Stimme per Megaphon: „Leute, lasst euch nicht provozieren, keine Gewalt!“, manche schreien, andere weinen, der Radiosprecher kündigt das Ende an: „Jetzt sind nur noch vier Reihen vor uns, dann werden auch wir abgeräumt.“ Lieder, gemeinsam gesungen, helfen den Verzweifelnden. Vom Turm spielt einer Akkordeon, die Leute skandieren: „Wir wollen keine Bohrplatzräumung, wir wollen keine Staatsgewalt“ oder „We shall overcome some day“ oder Wolf Biermanns „Du, lass dich nicht verhärten.“

Ein paar Tage vorher war Biermann hier noch zu Gast, ebenso wie Walter Mossmann, dessen „Lied vom Lebensvogel“ berühmt wurde. Biermann sang sein „Gorleben soll leben-Lied“, das es in sich hat. Der Refrain „Gorleben soll leben – der Rest der Welt soll es auch“ deutet die spöttische Distanz an. Als Biermann das Lied in Berlin bei einem Konzert vortrug, forderte eine Demonstrantin aus dem Wendland das Publikum zur Unterstützung bei der bald anste-

henden Räumung auf. Die schlichte Nachfrage eines Mannes – „kannst Du mal sagen, wie man da hin kommt?“ – ging in Gelächter unter, denn das Wendland, „den Kreis“, kannten alle. „Is´ gleich nebenan“, witzelte der Sänger.

Biermanns in Berlin und auf 1004 vorgetragene „Nachbemerkung“ zum Liedschluss ist bemerkenswert. Heute hört man genauer hin, aber damals? Der Liedermacher trennt dabei genau: Nur wenn die Atomkraft in falschen Händen ist, wird sie in seinen Augen gefährlich, er warnt „vor den Mächtigen und Reichen / Vor den Bossen, die nur messen / Alles nach Profitinteressen“ und gibt ihnen die Schuld: „Ihr könnt mit dem Sonnenfeuer / – nichts als Scheiße bauen.“ Sonnenfeuer? Ja, der Philosoph Ernst Bloch, Biermanns Freund, schrieb damals in seinem Hauptwerk „Das Prinzip Hoffnung“ voller Zuversicht: „Einige Pfund Plutonium würden ausreichen, die Sahara und die Wüste Gobi verschwinden zu lassen, Sibirien und Nordkanada, Grönland und die Antarktis zur Riviera zu verwandeln“ (das mit der Antarktis schaffen wir ja gerade nur mit dem Thermometer, ganz ohne Plutonium). Andere schwärmten davon, „einen Teelöffel Atomenergie in unser Auto zu tun und damit Jahre zu fahren, ohne nachzufüllen.“ Und das Godesberger Programm der SPD von 1959 beginnt mit den Worten: „Das ist der Widerspruch unserer Zeit: Daß der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselte und sich jetzt vor den Folgen fürchtet“ – und setzt dennoch darauf, „daß der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern, von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann, wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte nur für friedliche Zwecke einsetzt.“

So war Biermann ein Kind seiner Zeit. Und als er 2016 seine Memoiren „Warte nicht auf bessere Zeiten“ veröffentlichte, las man dort nur scheinbar Überraschendes über uns: Er habe im Wald vor „Ökoschraten“ gesungen, die gegen „die Einrichtung eines Atommülllagers im Salzstock eines stillgelegten Bergwerks“ kämpften. Biermanns Credo („Ich konnte nie grundsätzlich gegen die friedliche Nutzung der Atomkraft sein“) führte ihn geradewegs zum Gorleben-Liedtext: „Jeder missversteht so gut er kann. Dass es ein Lied eigentlich für die friedliche Nutzung der Atomkraft war, hat damals kein Öko-Ohr im Ökodorf verstanden.“ Der Protest der Wendländer kam 1980 eben dem Kampf Davids gegen Goliath gleich, es war ein eher trotziges NEIN im großen Chor der JA-Sager. Die Literatur dazu deckt in ihren Liedern, Geschichten und Rückblicken auch die Widersprüche, Wunden und Wunderlichkeiten auf. Geschichten müssen eben ganz erzählt werden...

Nachbemerkung: Wolf Biermann schreibt weiter: „Radioaktive Scheiße bauten dann die verantwortungslosen verantwortlichen Funktionäre des Atomkraftwerks in Tschernobyl...“

Enno Bunger

Wo bleiben die Beschwerden?

besprochen von Nora Krohn

Feuerwerksraketen, Steine, Splitter, Fensterglas / Drinnen hat man Todesangst, draußen hat man Spaß / Schieben alle Schuld auf die, die sowieso schon nichts mehr haben / Außer den Bildern aus der Hölle und den nie heilenden Narben (...)

Wie man von Einzelfällen sprechen kann? Ich werd' es nie verstehen / Es gibt Menschen, die das wollen, die das alles gerne sehen / Tief in ihren Herzen heben sie die rechte Hand / Zünden Krisenherde, hoffen auf den Flächenbrand

Wo bleiben die Beschwerden? Warum lassen wir das zu? / Wir können was dafür, wenn wir nichts dagegen tun / Wo bleiben die Beschwerden? Wo führt das alles hin? / Warum tun wir so, als wären wir blind? / Wir schweigen ins Verderben, wenn wir tun, als ob nichts wär' / Wir können was dafür, wenn wir uns nicht dagegen wehren / Wo bleiben die Beschwerden? Es gibt nur einen Weg: / Widerlegen, widersetzen, widerstehen

(...) Staatsbeamte schreddern Akten, die Wahrheit schön verborgen / So bitter der Geschmack, wenn man dann liest von „Dönermorden“ / Jedes Opfer wird entwürdigt, jeder Mord wird eine Farce / Wo man nicht sucht, will man nichts finden, bringt Familien um den Schlaf / Nur in Nebensätzen liest man dann vom großen Zeugensterben / Was sind hier jetzt Fakten und was haarsträubende Märchen? / Unter Druckerschwärze, Heuchelei und dreisten Falschaussagen / Wird die Würde unterdrückt, abgeschrieben und begraben

Wo bleiben die Beschwerden (...)

Musik und Text: Enno Bunger
Vom Album *Flüssiges Glück*

Eine nasskalte Winternacht, Mitte Januar, ein Vorort in Hamburg. Es ist Mittwochfrüh, gegen 3 Uhr. Eine junge Frau tanzt in sich versunken in ihrem Zimmer. Plötzlich fängt etwas ihre Aufmerksamkeit ... Durch die dünnen Gardinen schimmert ein unbekanntes oranges Licht. Aufgeregtes Stimmengewirr dringt an ihre Ohren. FEUER! In Windeseile weckt sie ihre drei Brüder, die aus dem Tiefschlaf gerissen mit vereinten Kräften die vier Familien und über zehn Kinder aus dem brennenden Haus retten und in ihre eigene Wohnung in Sicherheit bringen. Dann zurück zum Feuer – versuchen, es einzudämmen – Feuerlöscher – marsch! Doch was ist das?! Schon nach wenigen Sekunden versiegt der löschende Schaum. Der älteste Bruder rennt los, um weitere zu holen, rutscht im Schneematsch aus, fällt, schürft sich das Bein auf, rappelt sich wieder auf, rennt weiter ... und zurück. Doch sie müssen zu ihrem Entsetzen feststellen, dass alle Feuerlöscher nur zu einem Bruchteil gefüllt sind. So verbrauchen sie schließlich 25 Stück, bis sich nach einer halben Stunde die längst gerufene Feuerwehr bequemt, doch noch zu kommen. Ohne Eile löscht sie in voller Montur samt Atemschutz den Rest des Feuers.

Danach kein Wort des Dankes oder Lobes, keine Geste der Anerkennung oder Wertschätzung für die mutigen Retter, die sich Feuer und Rauch völlig ungeschützt entgegenstellten. Auch keine Frage nach ihrem Befinden. Weder von den Rettungssanitätern noch den zuständigen Sozialarbeitern. Keine medizinische Abklärung einer Rauchvergiftung. Nicht einmal mediale Berichterstattung. Lediglich eine Farce von Pressemitteilung der Feuerwehr. Nur, weil sie nicht von hier sind?!

Wo bleiben die Beschwerden? fragt Enno Bunger mir aus der Seele. Wie ein Herzschlag pulsiert der Bass, der sich sukzessive lauter werdend in die melancholisch-sphärischen Synthesizer-Klänge mischt. So entfaltet sich schon im Intro eine bedrückende Atmosphäre, entwebt sich ein unheilvoller Sound-Teppich, über den Enno Bunger die bitteren Worte spricht. In seiner Stimme vibriert sein Schock, seine Fassungslosigkeit, die sich auch in seinen Zeilen, seinen Fragen über Fragen ausdrückt.

Die Musik baut und bauscht sich mehrfach auf, erreicht einen Gipfel und bricht wieder zusammen. Jedes Mal kommen andere Elemente dazu. Die gesprochenen Strophen sind mit hörspielhaften Geräuschen unterlegt, der Refrain gesungen.

In der letzten Strophe brechen seine Wut und Verzweiflung über die sich ausbreitende Unmenschlichkeit – ob als Hass und Gewalt oder unter dem nicht minder gefährlichen Deckmantel der Gleichgültigkeit – mit voller Wucht heraus, Zeile für Zeile mehr, der Sprechgesang wird immer mehr zum Schrei. Einem Aufschrei der Menschlichkeit. Wie das ganze Lied ein Aufruf ist. Ein Aufruf, Ohren und Herzen zu öffnen, um der herrschenden Ignoranz zu widerstehen. Ein Aufruf, Augen und Mund aufzumachen, um sich der Grausamkeit zu widersetzen.



Gesicht und Stimme der Bauern

Portrait Monika Tietkes Herz schlägt für zwei Themen: Ökologischer Landbau und Anti-Atom-Widerstand. Helga Wallat hat sie besucht.

Ihr erster Kontakt zum Wendland liegt vierzig Jahre zurück. 1978 besuchte die Frau, die heute im Wendland nur als „Moni“ bekannt ist, mit Berliner Anti-AKW-Gruppen ein Gorleben-Sommercamp in Gartow und dabei eine Demo. Gemäß der damals politisch angesagten Losung, Kontakte zur einheimischen Bevölkerung zu knüpfen, wurden von dort, neben den Diskussionen um den Anti-AKW-Widerstand, auch Ernteeinsätze bei wendländischen Bauern organisiert. So verbrachte Monika – statt mit den ihr schon aus Berlin sattem bekannten Debatten – zunehmend mehr Zeit auf einem Bauernhof in Prezelle. Hier entwickelte sich ihre Liebe zum Wendland, die später durch eine ganz persönliche Liebe ergänzt werden sollte. Bis zum Ende ihres Studiums pendelte sie regelmäßig ins Wendland, unterstützte die BI-Aktionen um Gorleben und bekam Kontakt zur Bäuerlichen Notgemeinschaft, der sie bis heute als aktives Mitglied ange-

hört. Nicht nur die spektakulären, großen Trecker-Demos in Hannover und Berlin, auch die vielen Anti-AKW-Aktionen in Lüchow-Danzenberg prägten das Selbstverständnis der Bauern, die sich lautstark gegen die Atomanlagen in Gorleben zur Wehr setzten.

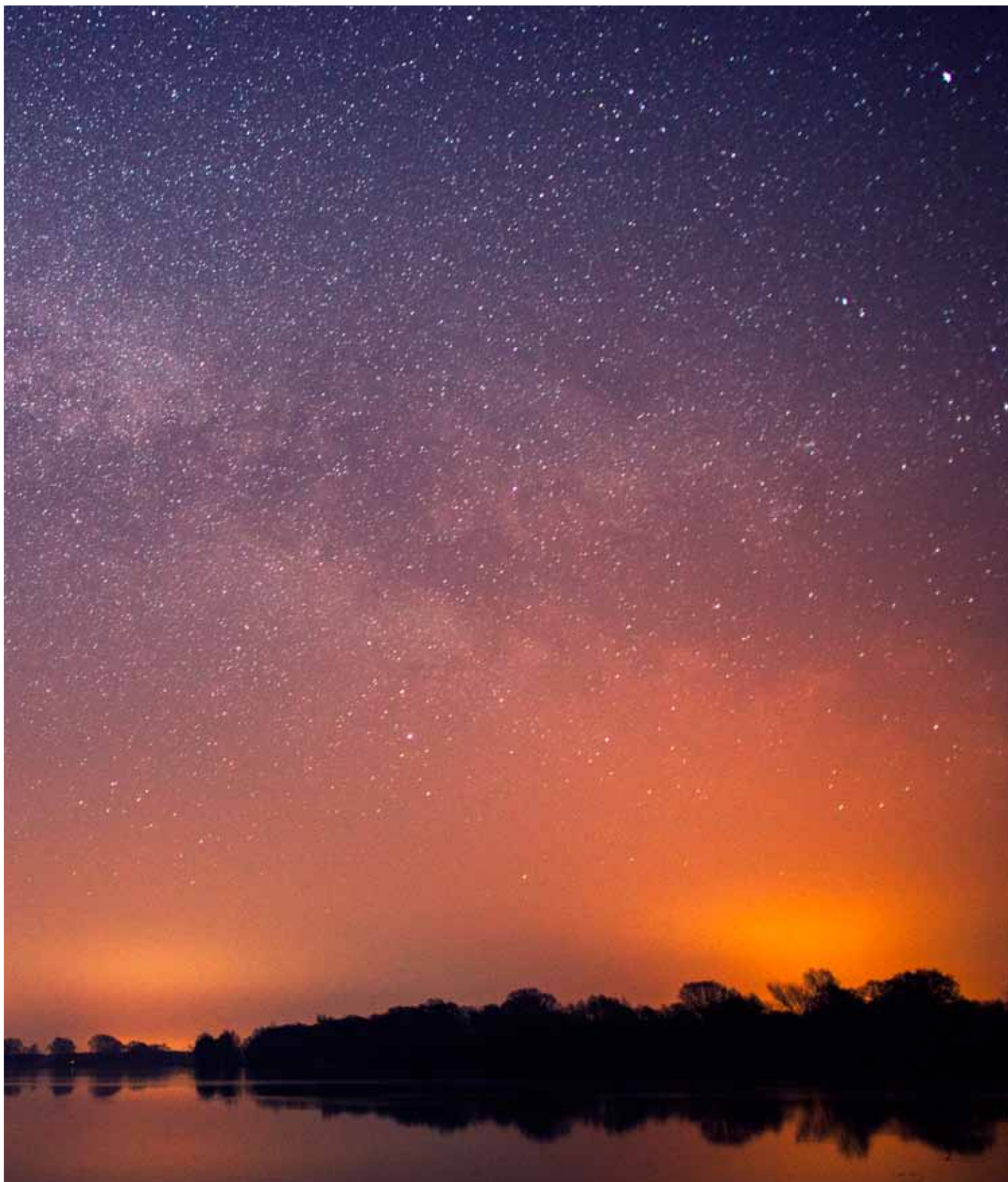
Anfang der 80er-Jahre zog Monika ganz ins Wendland und heiratete Eckhart Tietke, einen aktiven Anti-Gorleben-Bauern aus Groß-Breese. Hier hatte die Schwiegermutter – angeregt durch die Nachfrage eines Berliner Projektes – schon mit einem ersten Bio-Gemüse-Anbau gestartet. Ab 1980 stellten Tietkes den Hof komplett auf Bio um, seit 1988 führt er das Zertifikat „Anerkannter Bioland-Betrieb“. Besonders erwähnenswert findet Monika, dass ihre Schwiegereltern die Umstellung mitgetragen haben, die damals ein Schwimmen gegen den Strom bedeutete. Die Vermarktung lief über kleine Initiativen, Bioläden, Privatkunden im Umland und bis nach Hamburg. Und sie war erfolgreich: Der eigene Hofladen konnte die Nachfrage bald nicht mehr befriedigen, also eröffnete Monika einen Bioladen in Gartow, den sie bis 2009 führte. Parallel dazu war sie vier Jahre lang zuständig für die Vermarktung der Voelkel-Produkte im konventionellen Lebensmittelhandel. Eine erfolgreiche und lernintensive Zeit. Und eine sehr reiseintensive! „Ganz nebenbei“ gab es natürlich

auch noch die Arbeit auf dem Hof und eine Familie mit zwei Kindern, die zum Glück die Aktivitäten der Eltern unterstützten und mit den familiären Ausnahmeständen während der Castortransporte gut zurechtkamen.

Seit die Vermarktungswege für Bio einfacher geworden und die Produkte inzwischen in jedem Supermarkt zu finden sind, spielt die Direktvermarktung nur noch eine untergeordnete Rolle. Heute konzentrieren sich Tietkes auf Anbau und Vermarktung von Bio-Kartoffeln: Seit neun Jahren ist Monika Geschäftsführerin der bundesweiten Interessengemeinschaft Bio-Kartoffel-Erzeuger (BKE), die sich als Bindeglied zwischen Landwirtschaft und dem Lebensmittel Einzelhandel versteht und das Bewusstsein für ökologisch erzeugte Produkte und das Wissen über ihre Herkunft fördern will. Und sie reist wieder viel und freut sich, dass Gorleben nicht nur bundesweit, sondern auch international bekannt ist und die Erfahrungen der wendländischen Anti-AKW-Bewegung gefragt sind. Unabhängig von ihrer jeweiligen beruflichen Tätigkeit war und ist Monika immer im Einsatz für die Bäuerliche Notgemeinschaft, deren Anliegen sie bei zahlreichen regionalen und bundesweiten Aktionen eine Stimme verleiht. Monikas Resümee: „Es wird nie langweilig! Und es kommt immer etwas Neues dazu.“

“
Mein
Leben wird nie
langweilig



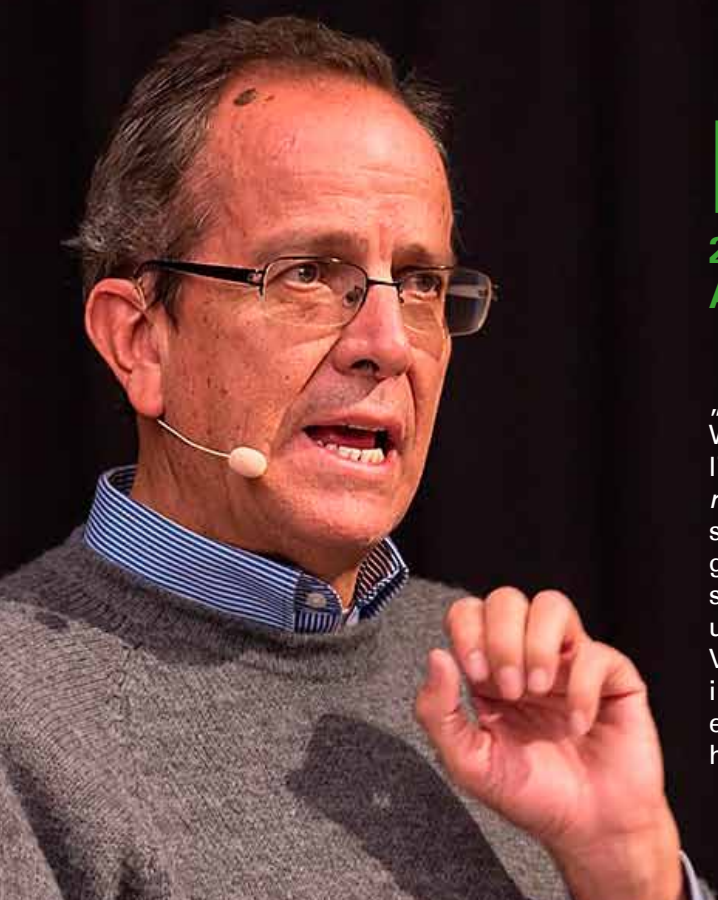


Wer die „Gorleben Rundschau“ liest und ein solches Bild aus der Elbtalaue sieht, könnte unwillkürlich auf den Gedanken kommen: „Strahlung!“ Und das stimmt in gewisser Weise, aber glücklicherweise handelt es sich bei dem orangefarbenen Licht nicht um radioaktive Strahlung, obwohl der helle Fleck am linken Bildrand tatsächlich von den Atomanlagen in Gorleben ausgeht. Die dortige Beleuchtung des Industriekomplex’ verursacht, wie der Sky-Shine der Stadt Dannenberg rechts im Foto, eine enorme Lichtverschmutzung. Darunter leiden mittlerweile weite Teile Deutschlands, und auch das so abge-

schiedene Wendland bleibt davon nicht gänzlich verschont. Fotograf Helmut Schnieder weiß zu berichten, dass in Nächten mit hoher Bewölkung auf seinen Fotos mit extrem langer Belichtungszeit sogar noch der Lichtsmog Berlins zu erkennen ist. Und wieder gilt: „Denk’ ich an Deutschland in der Nacht...“

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e.V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

Anzeige



BUEN VIVIR

29. Juni 2018 | 19 Uhr | Verdo | Hitzacker
Alberto Acosta | Niko Paech | Grupo Sal

„Wachstum“ ist der Begriff, an dem sich die Debatte um neue Wirtschaftsmodelle und Konzepte zur Überwindung des globalisierten Kapitalismus entzündet. Die Erkenntnis des *Club of Rome*, dass ungebremstes Wirtschaftswachstum unsere Welt zerstört, steht weiter im Raum. Der Ökonom und ehemalige Energieminister Ecuadors, Alberto Acosta, entwirft unter der Prämisse, dass die Mehrheit der Bevölkerung und unser ganzer Planet unter dem jetzigen wachstumsorientierten System leiden, die Vision eines „guten Lebens“ in Anlehnung an Vorstellungen der indigenen Völker Lateinamerikas. Es ist ein Gegenentwurf und eine Alternative zu Entwicklung und Wachstum zugunsten höherer Lebensqualität für alle ohne weitere Umweltzerstörung.

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
Straße..... Hausnummer.....
PLZ, Ort..... E-Mail.....
Datum..... Unterschrift.....

☐ Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

☐ Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Informationsmaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

☐ Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

☐ einmalig EUR

☐ monatlich EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

☐ Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

www.bi-luechow-dannenberg.de

